



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

10.05.1932 (Nr. 96)

LNZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Dienstag, 10. Mai 1932 • Nummer 96

Heute

spricht

Pg. Heider

20.30 Uhr, im Café Lehmkuhl, Waller Heerstraße

Bremer Nationalsozialistische Zeitung Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber Kurt Schiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Schiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878.

Die LNZ erscheint jeden Freitag u. kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Ansperrung u. dgl. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: Heftige die 10 Spalten 1 mm-Zeile RM 0.10 auswärts RM 0.12, im Viertel RM 0.50, auswärts RM 0.70, Stellengänge RM 0.04. Sonstige kleine Anzeigen RM 0.06, Plakatschriften ohne Verbindlichkeit.

Kampf der Arbeitslosigkeit!

Das nationalsozialistische Arbeitsbeschaffungsprogramm vor dem Reichstag

Von Werner Daitz, Mitglied des Reichswirtschaftsrats der NSDAP.

Herrn Dietrich fehlen 2 bis 3 Milliarden

Das Parlament ohne Volk will neue Schulden

Eigener Bericht der LNZ.

Berlin, 10. Mai.

Gestern ist der Reichstag wieder zusammengetreten und Herr Dietrich, zuerst noch Finanzminister, hat sich gezwungen gesehen, einen erschlackernden Finanzbericht zu erstatten, um dann schließlich die Ermächtigung anzufordern, weitere Schulden machen zu dürfen und zwar Schulden bis ins Uferlose.

Der Finanzminister teilt mit, daß die fundierten Schulden des Reiches 10 208 Millionen RM betragen, während sich die schwappende Schuld auf 1 600 Millionen RM beläuft, nachdem man rund 900 Millionen RM durch die berichtigte Kreuger-Anleihe in eine fundierte Schuld hat verwandeln können. Die Abfertigung der Reichsregierung, 465 Millionen RM, der schwappenden Schuld im Jahre 1930 abzudecken, konnte nicht durchgeführt werden. Statt dessen mußte die Reichsregierung zur Stützung der Großbanken 1 115 Millionen RM verausgaben, von denen 350 Millionen RM schon jetzt endgültig verloren sind.

Der Reichshaushalt 1931-32 schließt mit einem Fehlbetrag von rund 400 Millionen RM ab, denn die Ausgaben übersteigen 8,2 Milliarden Reichsmark, die vorerwarteten Einnahmen belaufen sich jedoch nur auf 7,8 Milliarden RM. Darüber hinaus wünscht nun der Reichsfinanzminister die Annahme eines Ermächtigungsgesetzes, nach dem er 530 Millionen RM Kredit bis zum 15. November 1933 beschaffen darf. Weiterhin wünscht er 240 Millionen RM zur Deckung des Fehlbetrages im ordentlichen Haushalt 1930, 500 Millionen RM zur Deckung des geschätzten Fehlbetrages des Haushalts 1931 und 550 Millionen RM zur Deckung des geschätzten außerordentlichen Haushalts aus früheren Rechnungsjahren. Des weiteren wünscht er 600 Millionen Reichsmark zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Reichsbank und um alle diese Summen wird dann noch angehängt eine weitere Kreditbeschaffung für Siedlung, Rekultivation, Beschäftigung Jugendlicher und sonstiger Arbeitsbeschaffung. Welche Mittel hierfür zur Verfügung gestellt werden, kann nach Lage der Dinge jeder selbst erraten.

In diesen Zahlen spiegelt sich jedenfalls die wirtschaftliche Leistung des Kabinetts Brüning und man begreift nun, warum der Reichswirtschaftsminister rechtzeitig das sintende Schiff verlassen hat.

Nach Herrn Finanzminister Dietrich sprach der Abgeordnete Weisheit (SPD), der für die Wirtschaftskatastrophe die Nationalsozialisten verantwortlich machte. Als dann auch noch ein Kommunist in die gleiche Kerbe zu schlagen versuchte, wird ihm von den nationalsozialistischen Seiten antwortend: „Lassen Sie sich Ihr Gehalt erhöhen, Ihre Dummheit ist unbegreifbar!“ — Danach

Abgeordneter Pg. Reinhardt,

der mit aller Entschiedenheit dem Reichsfinanz-

minister vorhält, daß der bisher beschrittene Weg (siehe die obigen Zahlenangaben) zur Beseitigung von Wirtschaft und Finanzen führt.

Es steht dem, so betont er, die Tatsache gegenüber, daß sich die Lage fortwährend erheblich verschlechtert hat. Durch die letzten vier Notverordnungen sind Wirtschaft und Finanzen nicht geschützt, sondern in grauenvoller Unordnung gebracht und „abgelutscht“ worden. Die fortgesetzte Schmälerung der Kaufkraft der Massen muß fälschlich auf den Arbeitsmarkt wirken. Das deutsche Volkseinkommen betrug im Jahre 1929 76 Milliarden, 1930 64 Milliarden, 1931 50 Milliarden, 1932 wird es wahrscheinlich nicht über 40 Milliarden betragen. Das Steuereinkommen ist erheblich zurückgegangen und zwar nicht trotz der Erhöhung der Zahl der Steuern und der Steuerbefreiungen, sondern infolge dieser Erhöhung. Der Entwurf des Schuldenentlastungsgesetzes enthält das Eingeständnis, daß die für das Jahr 1931 vorgesehene Schuldentilgung auf dem Papier stehen geblieben ist. Mit den schwappenden Schulden sollte damals ein für alle Mal aufgeräumt werden. Der Stand ist aber von 1 250 Millionen RM auf 1 722 Millionen RM im März d. J. gestiegen. Der Reichsfinanzminister hat seinerzeit erklärt, die Unterbrechung zu einem Überbrückungskredit gebe er ein zweites Mal nicht. Jetzt verweigert er den Überbrückungskredit und läßt die Festschließung der Summe frei.

Der Minister bekommt auf Grund seiner Ermächtigung durch Artikel 48 kein Geld mehr; jetzt soll der Reichstag ihm die Ermächtigung geben, zu kreditieren, die der Minister sich wahrscheinlich unter der Hand schon besorgt hat.

Wir denken nicht daran, dem Schuldenentlastungsentwurf zuzustimmen.

Wir bekämpfen uns im Gegenteil vor, auf Grund des Artikels 50 der Reichsverfassung Anlage vor dem Deutschen Staatsgerichtshof wegen bewußter Verstoßverletzung zu erheben, (bedauerlicher Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Ein Antrag des Abg. Dr. Frid (Nat.-Soz.), die erste Lesung des Schuldenentlastungsgesetzes nunmehr zu unterbrechen, erledigt sich durch den Vorschlag des Vizepräsidenten Esser, die Sitzung abzubrechen. — Das Haus tritt diesem Vorschlag bei und verläßt sich auf Dienstag 11 Uhr. Erste und zweite Beratung des Schuldenentlastungsgesetzes, Fortsetzung der allgemeinen politischen Aussprache, mit der die Beratung zahlreicher Anträge der Parteien verbunden ist, in denen Aufhebung des Reichstages und Neuwahlen, Aufhebung der letzten Notverordnungen, Einsetzung von Untersuchungsausschüssen zum Fall Kreuger und zur Reichspräsidentenwahl und anderes gefordert werden.

Wir übernehmen die Führung

Den Kampf um die Macht in Preußen hat unsere Freiheitsbewegung gewonnen. Damit auch ein Ziel, der Kampf um Arbeit und Brot für das deutsche Volk gewonnen werden kann, richten wir jetzt die Schiffsfrage an Reichstag und Länderparlamente:

Seid ihr gewillt, unser nationalsozialistisches Arbeitsbeschaffungsprogramm und seine Finanzierung auf dem einwandfreien Wege produktiver Kreditbeschaffung anzunehmen oder nicht?

Das Kabinett Brüning muß, wie immer, verlagen. Es wird sich hinter die Behauptung zu verbergen suchen, daß die Finanzierung unseres nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramms, die auf nationaler Selbsthilfe beruht, undurchführbar sei. Undurchführbar deshalb, weil es eben gegen die gescheiterten Richtlinien des Kabinetts Brüning verstoße, die ihm durch internationale Bindungen und den Goldwahn vorgezeichnet sind. Immer ungünstiger rücken jedoch die Massen deutscher Volksgenossen an diesen internationalen Fesseln, die ihnen ihr elementares Recht, das Recht auf Arbeit und Selbsthilfe vorenthalten. Auch die Gewerkschaftsführung, sowohl die der freien wie der christlichen, hat in den letzten Monaten dem immer härter werdenden Druck ihrer Mitglieder, die ihr Recht auf Arbeit fordern, weichen müssen und sich nicht mehr mit den üblichen Berufungsspielen und Nebensarten ihrer politischen Vertretung: Sozialdemokratie und Zentrum, zufrieden gegeben — sondern ein Arbeitsbeschaffungsprogramm ausgearbeitet, das sich im wesentlichen sowohl nach Umfang wie nach Art der in Angriff zu nehmenden Arbeiten mit unseren, seit Jahr und Tag erhobenen nationalsozialistischen Forderungen deckt. Zwar gelang es zunächst den politischen Führungen der Gewerkschaften, die Forderung und das Drängen ihrer Gefolgschaft trotz schelmischen Nachgebens dadurch auf ein totes Gleis zu manövrieren, daß man ihr vorbedachte die Durchführung fast nur mit ausländischer Hilfe, Auslandsanleihen, möglich. Diese Hilfe kam natürlich nicht und ebenso wenig das Wunder, das man in der Brüning-Koalition hoffte, um die Sessel zu retten. Das immer drohender werdende Wüten des Volkes verurteilt man nun noch einmal durch bewußte Weichenheftelung, nach der anderen Seite hin, von sich abzulenken, d. h. jetzt mit der Aufnahme einer innerdeutschen, einer nationalen Prämienanleihe für Arbeitsbeschaffung von „unbegrenzter Höhe“, den schwappenden Volkssorgen wieder für eine Weile zu dämpfen.

Anleihe genügt nicht
Aber das Volk läßt sich keinen Sand mehr in die Augen streuen. Auch die Programmatiker der Gewerkschaften, vor allem Wobtain, haben, indem sie in den letzten Monaten unsere nationalsozialistische Theorie produktiver Kreditbeschaffung übernommen, anerkannt und öffentlich verkündet, daß mit inländischen Anleihen irgendein nennens-

wertes Arbeitsbeschaffungsprogramm oder eine „Anfurbelung“ der Wirtschaft nicht durchgeführt werden kann. Selbst im Kabinett wird rebelliert. Sein jüngstes Mitglied, der Reichswirtschaftsminister Warmbold, dessen Hinhaltung seiner kurzen Zugehörigkeit zur Reichsregierung noch nicht so durchsteht ist von internationalen Gedankengängen — springt ab. Er kann es mit seinem Gewissen nicht mehr vereinbaren, dem Volk vorzuspiegeln, daß mit Hilfe einer innerdeutschen Anleihe von „unbegrenzter Höhe“ neue, d. h. zusätzliche Arbeit zu beschaffen sei. Wir haben stets darauf hingewiesen, daß das deutsche Volk in allen seinen Schichten so von flüssigen Mitteln entblößt ist, daß so gut wie gar keine flüssigen Mittel der Produktion zu ihrer Erweiterung neu zur Verfügung gestellt werden können und daß man, selbst im Falle ihres Vorhandenseins, diese am allerwenigsten mit einer Anleihe herauszuholen vermöchte. Vielmehr wird eine Anleihe durch die mit ihr verbundenen Verzinsforderungen den noch arbeitenden Betrieben nur flüssige Mittel entziehen, so daß, was auf der einen Seite an arbeitslosen Volksgenossen — neu eingestellt wird, auf der anderen durch Stillsetzungen wieder ausgegliedert wird. Also das Legung noch arbeitender Betriebe zum minimalistischen Brüning in Klein-Kultur: was auf der einen Seite gewonnen, wird auf der anderen wieder genommen. Und das Unglück ist am Ende größer als zuvor.

Produktive Kreditbeschaffung und Zinssenkung

Die von uns vorgeschlagene produktive Kreditbeschaffung bedient sich dagegen eines Kunstgriffes, dessen sich auch die Banken bisher nicht bedienen haben. Es ist also nichts unerhörtes Neues, was wir vorschlagen, vielmehr handelt es sich um privatwirtschaftlich erlaubte und schon benutzte Mittel, die nunmehr von uns volkswirtschaftlich und im Interesse der Gesamtheit angewandt werden.

Jedermann weiß, daß die Banken in erheblichem Umfang Kredite, die keinerlei Unterlagen in vorhandenen Mitteln (Einkäufen) haben, zur Verfügung stellen, lediglich im dem Vertrauen, daß diese aus dem Nichts geschöpften Kredite durch die damit bewirkte Neu-Produktion von Waren in edles Kapital verwandelt werden, welches in der Folge dann die Kredite tilgt. Die Annahme dieses Verfahrens ist immer unbedeutend, wenn sich die Gesamt-Kreditbeschaffung in eine große Anzahl einzelner Kreditbeschaffungen aufspaltet und dadurch im Querschnitt der volkswirtschaftlichen Gesamt-Produktion bleibt, mit anderen Worten: wenn eine gesunde Mischung von lang- und kurzfristigen Krediten auf diese Weise vorgeschöpft wurde, die sich in der Hauptsache als Betriebskredite auswirken.

Das Vertrauen auf die Kalkulation der einzelnen Kreditnehmer wurde, wie die Erfahrung zeigt, immer gerechtfertigt und der größte Teil der so aus dem Nichts geschöpften Kredite gelangte regelmäßig zur Tilgung. Der Rest, der Betrag der Fehl-

ratifikation wurde durch Dritte, die im Besitz eigener flüssiger Mittel waren, getätigt, indem sie die bei der Bank überreichten Sicherheiten der Reichskassanten erwarben. — Diese Kreditbeschaffung aus dem Nichts kann aber von den Banken zu größerem Maßstab nur zu Zeiten aufstrebender Konjunktur vorgenommen werden. Die heutige Deflation und die hierdurch bewirkte außerordentliche Höhe der Zinssätze behindert eine solche Kredit- bzw. Kaufkraft-Vorschöpfung auf das Schwerste. Daher verlangen wir im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Kredit-Vorschöpfung zugleich eine Senkung sämtlicher Zinssätze, nicht bloß der für die neugeschöpften Kredite, auf höchstens 3—4 Prozent. Nur so ist es möglich, der fortschreitenden Deflation Einhalt zu gebieten und die Kalkulation für jeden Einzelwirtschaftler durch die Verbilligung der schon laufenden und der evtl. noch aufzunehmenden Betriebskredite günstiger zu gestalten. In gleicher Weise wird auch das durch die „zielbewußte Deflation des Kabinetts Brüning“ verschobene natürliche Gleichgewicht zwischen den Sachwerten und der Liquidität wieder hergestellt. Die Sachwerte werden durch die Zinsenkung wieder kreditwürdiger und erhöht beleihungsfähig, so daß die Kreditnehmer in der Lage sind, zusätzliche Sicherheiten als Unterlagen für die beanspruchten vorgeschöpften Kredite beizubringen.

Nationalsozialistisches Arbeitsbeschaffungsprogramm leitet Wirtschaftsbelebung ein!

Erst die Förderung der heutigen Zinsfessel ermöglicht die Betriebskredit-Vorschöpfung bzw. Vorschöpfung zirkulierender Kaufkraft in dem Umfang, der für die Durchführung des nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramms notwendig ist und schafft die Voraussetzungen für die selbsttätige Fortpflanzung der durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm eingeleiteten Wirtschaftsbelebung, die ja Ziel und Zweck der Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen sein soll. Wir sind uns bewußt, daß das nationalsozialistische Wirtschafts- und Arbeitsbeschaffungsprogramm für seine Finanzierung nur einen Bruchteil der gesamten Kredit-Vorschöpfung beanspruchen darf, da der hierdurch gebundene Kreditteillos in eine gewisse Zwangsverwirklichung genommen, d. h. in eine bestimmte Richtung, die gewöhnlich eine langfristige Amortisation bedingt (Straßenbauten, Siedlungen und dergl.) abgelenkt wird.

Um die richtige und normale Mischung von kurz- und langfristigen Krediten zu gewährleisten, ist deshalb ein festes Verhältnis der für die Arbeitsbeschaffungsprogramme benötigten Kredite zum Gesamt-Betrag der Kredit-Vorschöpfung erforderlich. Die Arbeitsbeschaffungsprogramme des nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungs-Programms sollen ja lediglich die Initiierung darstellen, die der Lamine selbsttätiger Wirtschaftsbelebung ins Rollen bringt; sie haben daher zur Voraussetzung, daß sich ein Vielfaches des für sie beanspruchten Kreditbetrags in kleine Einzelkredite aufspaltet, die zur Finanzierung der sekundär ausgelassenen Aufträge bei der privaten Wirtschaft notwendig sind. Sorgt man also nicht für eine Abkopplung der Deflation und eine Verbesserung der Kalkulationsbasis und der Kreditwürdigkeit der heute unterbewerteten Sachwerte, so kann die mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm beabsichtigte, belebende Wirkung auf die private Wirtschaft nicht erreicht werden. Die Zinsenkung ist daher unerlässliche Voraussetzung für eine organische „Kreditneuschöpfung aus dem Nichts“ und eine Umkehr des bisherigen Systems.

Buchkredite, nicht Zahlungsmittel

Jedem Sachverständigen ist ohne weiteres klar, daß unsere nationalsozialistische Methode organischer Kredit- bzw. Kaufkraft-Vorschöpfung, die mit der Ausgabe neuer Zahlungsmittel an sich nichts zu tun hat, ein weit feineres und ungefähigeres Mittel darstellt, als die grobe Kredit-Kaufkraft-Verschöpfung Amerikas und Englands, die der Deflation in primitiver Weise durch Kredit-Verschöpfung von Geldzeichen begegnet. Die Gefahren einer Kaufkraft-Vorschöpfung auf dem Wege der Vergrößerung des Geldzirkulationsvolumens sind viel größer als bei Ausweitung des Umfangs von gewährten und beanspruchten Buchkrediten. Es ist ohne weiteres verständlich, daß beispielsweise eine Kreditneuschöpfung von 6 Milliarden auf bargeldlosem Wege, über das heutige deutsche Buchkreditvolumen von 70 Milliarden (1913, 120 Milliarden) weit geringere inflatorische Wirkungen ausüben kann, als etwa die Ausgabe von 6 Milliarden neuen Geldscheinen, wie in Amerika und England. Von den an das vorhandene Kreditgebäude angebaute Neubauten von 6 Milliarden würde nur ein kleiner Bruchteil in Form von neuen Geldscheinen in Erscheinung treten, der andere, größere Teil läuft als Buchkredit bis zur Tilgung weiter.

Neukredite müssen produktiver Warenerzeugung dienen

So wird zum ersten Mal von Seiten unserer nationalsozialistischen Wirtschaftslehre im großen Stil und im volkswirtschaftlichen Sinne zum Zwecke der Überwindung der Arbeitslosigkeit die geldtheoretisch durchaus mögliche, in der Praxis bewährte Umkehrung des Verhältnisses zwischen Einlage und Kredit bewirkt. Voraussetzung ist nur, daß der vorgeschöpfte Kredit wirklich produktiver Warenerzeugung im Durchschnitt der Volkswirtschaft dient, nicht einem übermäßigen Verzehr oder Investierung. Auch der Umfang der von uns vorgeschlagenen Krediterschöpfung hält sich durchaus im Rahmen des geldtheoretisch Möglichen.

Hessische Landtagswahlen ungültig

Darmstadt, 10. Mai. Bei den Landtagswahlen in Hessen am 15. November 1931 war der Wahlvorschlag der Wirtschaftspartei wegen mangelhafter Ausfertigung vom Landeswahlleiter nicht zugelassen worden. Hieraus hatte die Wirtschaftspartei Anfechtungssache gegen die Gültigkeit der Landtagswahl erhoben, über die am Montag vor dem hessischen Staatsgerichtshof in Darmstadt verhandelt wurde. Nach eingehender Beweisaufnahme erklärte der Staatsgerichtshof die Landtagswahlen vom 15. November 1931 für ungültig. Der Landeswahlleiter habe bei der Nichtzulassung des Wahlvorschlags der Wirtschaftspartei wesentliche Bestimmungen der Wahlvorschriften außer acht gelassen.

Landtagsneuwahl in Hessen am 3. Juli. Darmstadt, 10. Mai. Das Hessische Kabinett hat beschlossen, als Termin für die

Landtagsneuwahl den 3. Juli in Aussicht zu nehmen.

Vertagung der Staatspräsidentenwahl in Württemberg. Stuttgart, 10. Mai. Wie von gut unterrichteter Seite bekannt wird, haben im Laufe des Monats zwischen dem Christlichen Volksdienst, der Deutschen Demokratischen Partei, der Deutschen Nationalen Volkspartei, dem Württembergischen Bauern- und Weingärtner-Bund und der NSDAP wegen der württembergischen Regierungsbildung Verhandlungen stattgefunden. Man kam überein, in der heute nachmittag stattfindenden Eröffnungsitzung des neuen württembergischen Landtags nur die Wahl des Landtagspräsidenten vorzunehmen.

Landtagsneuwahl den 3. Juli in Aussicht zu nehmen.

Vertagung der Staatspräsidentenwahl in Württemberg.

Stuttgart, 10. Mai. Wie von gut unterrichteter Seite bekannt wird, haben im Laufe des Monats zwischen dem Christlichen Volksdienst, der Deutschen Demokratischen Partei, der Deutschen Nationalen Volkspartei, dem Württembergischen Bauern- und Weingärtner-Bund und der NSDAP wegen der württembergischen Regierungsbildung Verhandlungen stattgefunden. Man kam überein, in der heute nachmittag stattfindenden Eröffnungsitzung des neuen württembergischen Landtags nur die Wahl des Landtagspräsidenten vorzunehmen.

Letzte Drahtnachrichten

Nationalsozialistischer Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Brüning.

Berlin, 10. Mai. Der Fraktionsvorsitzende der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion hat am Montag einen Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett Brüning und weitere Mißtrauensanträge gegen die Minister Brüning, Dietrich und Stegerwald beschlossen. Ferner wird ein Antrag auf Aufhebung der EW-Notverordnung sowie ein Antrag auf Erlass einer Amnestie gestellt werden.

Nationalsozialistischer Bürgermeister in Grinib.

In Grinib (Niederlande) fand die Neuwahl des Bürgermeisters statt. Die Nationalsozialisten hatten den Gerichtsbesitzer Pa. Dr. Boude-Vossum als Kandidat aufgestellt gegen den bisherigen Bürgermeister Herz.

Bei einer Wahlbeteiligung von etwa 77 Prozent wurde der nationalsozialistische Kandidat, Pa. Boude, mit 235 Stimmen Mehrheit gewählt.

Dr. Goerdeler Reichswirtschaftsminister?

Berlin, 10. Mai. Wie die „Vossische Zeitung“ von gutunterrichteter Seite erzählt, ist dem Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler das Reichswirtschaftsministerium angeboten worden. Dr. Goerdeler habe sich dem Vernehmen nach mit der Uebernahme des Ministeriums grundsätzlich einverstanden erklärt, jedoch unter der Vor-

aussetzung, daß die von der Reichsregierung beabsichtigte Verordnung über die Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche in einer Form festgelegt wird, die es denjenigen Betrieben, die durch diese Notverordnung in ihrer Existenz bedroht werden, ermöglicht, in den besonderen Verhältnissen des Betriebes Rechnung tragende besondere Regelung der Arbeitszeit vorzunehmen.

Lebrun einziger Kandidat.

Paris, 10. Mai. Für die Staatspräsidentenwahl, die heute nachmittag um 14 Uhr in Versailles stattfindet, kandidiert nur noch der bisherige Staatspräsident Lebrun, nachdem Pauline von einer Abordnung der demokratischen Linken des Senats bezogen worden ist, unter den gegenwärtigen Umständen von einem politischen Kampf um den höchsten Posten des Staates abzusehen. Staatspräsident Lebrun wird im ersten Wahlgang wohl fast einstimmig gewählt werden.

Neue Kämpfe in der Mandchurie.

Moskau (über Kowno), 10. Mai. Einer sowjetischen Meldung aus Chabin zufolge ist es an der Ostküste der chinesischen Ostbahn zu neuen blutigen Kämpfen zwischen chinesischen Aufständischen und japanischen Truppen gekommen. Die Japaner wurden hinterwärts überfallen und niedergeworfen. 30 Mann sollen dabei getötet und acht gefangen genommen worden sein. Das japanische Oberkommando will verhindern, daß die Gefangenen von den Aufständischen hingerichtet werden.

Kleine Politik

Das von Adolf Hitler gegen sich selbst beantragte Disziplinarverfahren ist eingeleitet, da kein Anlaß zum Einschreiten vorliegt.

Der hessische Innenminister Leuschner verbietet das Beflaggen von Privatbäumen, da in letzter Zeit ganze Dörfer und Stadtteile die Faltentanzjahre gezeigt haben.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund fordert beim Reichsinnenminister neue Untersuchungsmaßnahmen gegen nationalsozialistische Beamte. Für Teufel!

Remarque und Emil Ludwig haben Einbürgerungsanträge an den Schweizer Kanton Tessin gestellt. Welche Juden folgen nach?

Auf Anregung der englischen Regierung hin wird die Lausanner Konferenz am 16. Juni stattfinden.

Die Pariser Regierungsverhandlungen stoßen auf Schwierigkeiten, da die Maximen nicht bereit sind, die Verantwortung zu übernehmen. Vor Pfingsten ist eine Lösung nicht zu erwarten.

Die Lage im Osten hat sich verschärft, die japanischen Truppen wurden auf 50.000 Mann vergrößert.

Auf das amerikanische Konsulat in Nagasaki wurde ein Bombenanschlag verübt, bei dem Personen nicht zu Schaden kamen.

In Bukarest wurde am Montag ein neues Militärabkommen der Kleinen Entente unterzeichnet.

In Peru sind kommunistische Aufstände ausgebrochen, die auch zu Mordtaten auf einem Kreuzer geführt haben.

System-Außenpolitik stößt England vor den Kopf

Glückwünsche des Auswärtigen Amts an den Zionismus

Dr. Th. London, 9. Mai. Nach einer Londoner Meldung der „News Chronicle“ fand dort am 30. März die Jahresversammlung des Palästina-Komitees der „deutschen“ Zionisten statt, in der Paul Rohrbach über das jüdische Siedlungsergebnis sprach. Der deutsch-jüdische Siedlungsleiter A. D. Bernburg brachte die Größe und Erfolgswünsche des Auswärtigen Amts.

Es ist wirklich unergründlich, wie das Auswärtige Amt dazu kommt, sich durch den Mund eines außer Dienst gestellten Prominenten in eine Sache zu mischen, die es ganz und gar nichts angeht. Man dürfte doch auch schon in der Wilhelmstraße gehört haben, daß sich die jüdischen Herrschaftsakteure in Palästina und die britischen An-

Wieder Hitler-Wahlskamp in Mecklenburg. Schwerin, 9. Mai. Wie berichtet, beabsichtigt Adolf Hitler persönlich in den kommenden mecklenburg-schwerinischen Landtagswahlkampf einzugreifen, und zwar wird er in der Woche vom 30. Mai bis 4. Juni d. J. täglich zweimal in zehn verschiedenen Städten des Landes, u. a. in Schwerin, Rostock, Malchin, Waren usw. sprechen.

Landesverräterorgan verboten!

Nach einer amtlichen Mitteilung ist die „Danziger Volksstimme“ mit sofortiger Wirkung auf die Dauer von drei Monaten verboten worden. In der Begründung heißt es u. a., daß die Zeitungsartikeln der Zeitung vom 6. und 7. Mai eine Beschimpfung der Regierung und eine Beschädigung der Danziger Behörden darstellten.

Austritt des französischen Kabinetts.

Lardieu verzichtet auf Wiederbetragung. Paris, 10. Mai. Der französische Kabinettsrat ist am heutigen Montag um 10 Uhr vormittags unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Lardieu im Außenministerium zusammengetreten, um sich mit dem Ergebnis der Kammerwahlen und der bevorstehenden Wahl des Präsidenten der Republik zu befassen. Der Kabinettsrat hat einstimmig beschlossen, der Ueberlieferung gemäß dem neuen Präsidenten den Gesamtrücktritt zu unterbreiten.

Der Präsidentenmord

Die Auslagen der Zeugen.

Paris, 10. Mai. Eine Zeugenausfrage, die im ersten Augenblick unwichtig aussieht, der man hier aber sofortigen Bedeutung beizumessen, als ihre Befragung den Nachweis erbringen würde, daß Gorgulow sich sehr wohl in Russland aufgehalten haben kann und mit den Sowjetbehörden auf bestem Fuß steht, ist im Laufe des Montag von Seiten eines russischen Emigranten gemacht worden. Der Zeuge erklärte, daß er nach den Bildern, die die Pariser Presse von dem Mörder gebracht hatte, einen gewissen Schultoff wiedererkannt habe, der in den Jahren 1923 bis 1924 als Arzt in Wladiwostok in Sibirien tätig gewesen sei. Man wird den Zeugen sehr wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen dem Mörder gegenüberstellen.

Gorgulow in der Rolle Masputins

Die tschigischen Blätter berichten aus Peking viele Einzelheiten aus dem Vorleben Gorgulows. Die „Bolshoi Svit“ veröffentlicht eine Unterredung ihres Berichterstatters in Peking mit der gewesenen Frau Gorgulows, einer geborenen Sleska. Nach den Mitteilungen seiner ehemaligen Frau hat Gorgulow im Weltkrieg eine schwere Kopfverletzung erlitten, er war sehr nervös und aufgeregter. Auf der Flucht aus Russland kam er 1921 zu Fuß über Polen in die Tschigolomskoi. 1924 schrieb er ein Buch „Dolaba“, unter dem Pseudonym Dred und 1925 eine eigene Lebensbeschreibung unter seinem Namen, mit dem Titel „Der Kommissar“. Gorgulow soll in dieser Zeit von dem Erlass eines Diamanten gelebt haben, den er direkt von der Lenin erhalten haben wollte. Er studierte an der tschigischen Universität Prag, wo er 1925 zum Dr. der Medizin promovierte. Die Praxis übte er in Gding bei Delmas aus. Gegen Gorgulow wurden von verschiedenen Seiten Anzeigen eingereicht, daß er in Gding Frauen an sich gelockt, sie narkotisiert und in seinem Spreckzimmer vergewaltigt habe. Er habe auch seine eigene Frau mißhandelt. Sie einmal auf sie geschossen. Deshalb habe Gorgulow Gding bei Nacht und Nebel verlassen müssen. Seine Frau habe sich von ihm scheiden lassen. In Peking, wo er dann seine ärztliche Praxis ausübte, habe er auf großem Fuße gelebt, er sei einmal auf einem Ball in der Moskwa Masputins erschienen, habe sich dort aber so unangenehm benommen, daß er aus dem Saal hinausgeworfen wurde. Wegen verbotener Eingriffe bei Frauen wurde ein Verfahren gegen ihn eingeleitet, so daß ihm am 9. April 1930 die Ausübung der ärztlichen Praxis in der Tschigolomskoi verboten wurde, worauf er sich nach Paris begab.

System-Außenpolitik stößt England vor den Kopf

Glückwünsche des Auswärtigen Amts an den Zionismus

Dr. Th. London, 9. Mai. Nach einer Londoner Meldung der „News Chronicle“ fand dort am 30. März die Jahresversammlung des Palästina-Komitees der „deutschen“ Zionisten statt, in der Paul Rohrbach über das jüdische Siedlungsergebnis sprach. Der deutsch-jüdische Siedlungsleiter A. D. Bernburg brachte die Größe und Erfolgswünsche des Auswärtigen Amts.

Es ist wirklich unergründlich, wie das Auswärtige Amt dazu kommt, sich durch den Mund eines außer Dienst gestellten Prominenten in eine Sache zu mischen, die es ganz und gar nichts angeht. Man dürfte doch auch schon in der Wilhelmstraße gehört haben, daß sich die jüdischen Herrschaftsakteure in Palästina und die britischen An-

tereisen im britischen Mandatsgebiet wie Feuer und Wasser gegenüberstehen, und daß eine offizielle Einmischung Deutschlands, wie sie zweifellos in diesen „Größen“ und „Erfolgswünschen“ besteht, unsere Beziehungen zum britischen Imperium, wenn auch vielleicht nicht unmittelbar, so doch in späterer Zeit recht nachteilig beeinflussen kann. Bei weiteren Streitigkeiten zwischen Großbritannien und Zionisten können sich letztere leicht auf die offiziellen deutschen Kundgebungen berufen. Ob das Entgegenkommen gegenüber den Juden in der Wilhelmstraße so weit, daß man es dort auf einen zweiten Fall kräftiger Telegramme ankommen lassen will? Welche deutschen Interessen machen eine solche Einmischung nötig?

Kontingentwirtschaft als Grundlage der nationalsozialistischen Geld- und Kreditorganisation

(Fortsetzung von Sonnabend)

Von Werner Dailz, Lübeck

Die inwärtige erfolgte Gewöhnung an den hohen Zins hat gerade das Gegenteil seines ursprünglichen Zweckes bewirkt. Denn heute fördert er nicht, sondern hemmt jede Wiederauffüllung des Kreditvolumens. Da das Kapital sich einen Ertrag von 8-12 Prozent ergibt, während das Produktionskapital nur noch einen solchen von 3, höchstens 4 Prozent erarbeiten kann, ist zweierlei eingetreten: erstens ist das frühere natürliche Gefälle zwischen dem Ertrage des Produktionskapitals und des Produktionskapitals verschwunden, das das Kapital zum Angebot für produktive Arbeit drängte. Es ist heute weit vorzuziehen, Geld auszuliehen, als mit ihm zu arbeiten. Damit ist aber auch zugleich die Illusorik des Geldanspruches gestiegen, 8-15 Prozent Zinsen können eben niemals dauernd erarbeitet werden. Zweitens ist das Immobilien- und Sachwertkapital um mehr als 50 Prozent gegenüber 1912/13 entwertet, da es ja höchstens noch 3-4 Prozent, Ueberzins, d. h. den halben Ertrag des Produktionskapitals abwirft. Bei dem herrschenden Zins kann es auch kein höheres Kreditvolumen als etwa 70-75 Milliarden Mark tragen, wenn die Jahreszinsen von 70 Milliarden Mark, gleich etwa 5,6 Milliarden drückt heute schwerer als die Zinslast von 120 Milliarden, bei einem Zinsfuß von etwa 4 Prozent im Jahre 1912/13. Das deutsche Sachwertkapital kann eben eine höhere Zinslast als 5-6 Milliarden nicht tragen, wenn es produktiv arbeiten soll. Möglicherweise ist nicht die Höhe der Kreditsumme, sondern der Zinssatz. Für die Wiederauffüllung des Kreditvolumens ist also an erster Stelle eine Senkung des Zinses auf zunächst höchstens 3 Prozent notwendig. Dadurch wird überhaupt erst die Möglichkeit geschaffen, die Sachwerte tragfähig für weitere Kredite zu machen, so daß nach und nach für produktive Zwecke wieder die Auffüllung des Kreditvolumens auf 120 Milliarden Mark erfolgen kann, und damit ein Aufstau nicht nur der eingetragenen Kredite, sondern darüber hinaus die Bewegungsmöglichkeit für das gesamte deutsche Immobilienkapital wieder geschaffen wird, d. h. die Eingliederung von 8 Millionen Reichsmark in den Produktionskreis. Ebenso unerlässlich ist selbstverständlich, daß auch die Entnahme der öffentlichen Hand durch äußere Verschärfung auf den Stand von 1913 gebracht werden, so daß sie insgesamt genügend der heutigen Soziallast von 3,5 Milliarden höchstens 16 Milliarden betragen dürfen, statt bisher 25,5 Milliarden. Ebenso selbstverständlich ist das Leistungsprinzip verankern und damit den Gesamtüberdruck vermindern vorhin aufgeführten Verbände.

Die Errichtung einer Bankorganisation, die die Manipulation der Geldzeichen und Kreditvolumina im obigen Sinne unter allmählicher gänzlicher Ausschaltung des Zinses durchführt, ist lediglich sehr leicht möglich. Die bereits zwangsläufig vor sich gehende Funktionierung der Großbanken und ihr Übergang in die Hand des Staates liegen bereits in dieser Richtung. Sie sind eine Zwangsangelegenheit, die die Natur vornimmt und die mit ungeheurerlichen Kosten des Volkes verbunden ist, weil die Voraussetzung des herrschenden Systems die Notwendigkeit nicht erkannte und auch heute nicht erkennt, sie nicht bewußt herbeigeführt und dadurch erleichtert werden der in Staatsbesitz übergeführt werden muß, und der man die Manipulation der Geldzeichen innerhalb eines Kontingents von 6-8 Milliarden, d. h. die Erhaltung der Wertbeständigkeit der Mark nach dem Prinzip einer Zwangsangabe überläßt, ebenso wie die Auslands-Schuldensanpassung und -Devisenbewirtschaftung, muß in der Bank von Deutschland (Dresdner Bank) eine Vereinigung sämtlicher bankmäßiger Kredite erfolgen. Diese bankmäßigen Kredite werden damit zentral verwaltet, um das Kontingent übersehen und einheitlich manipulieren zu können — aber dezentralisiert, d. h. örtlich vergeben, sei es unter Kontrolle der Ständekammern, sei es durch unabhängige, beamtete Wirtschaftsprüfer. In gleicher Weise sind die Hypothekentilgung in einem zentralen staatlichen Hypothekendienst zu zentralisieren, kontingentmäßig zu verwalten und örtlich zu vergeben, wie bisher. Also auch in dieser Kontingentierung herrscht das Prinzip der Gebundenheit nach außen und Freiheit nach innen. Niemandes aber kann diese Freiheit mehr in ihrer Fülle, in Anarchie ausarten. Durch eine solche Organisation ist es überall möglich, weil für eine, dem jeweiligen Produktionsumfang angepaßte genügende Geld- und Kreditfülle geleistet wird, den Zins mit der Zeit gänzlich abzuheben und die Kreditvergabe lediglich mit dem bankmäßigen Verwaltungsvermögen, mit vielleicht 0,5 Prozent, belassen. Denn durch die aufgesetzte Kreditorganisation wird der Zins als Regulator völlig entbehrlich. Selbstverständlich wird durch diese Organisation die Amortisation der Kredite nicht berührt. Gehört wird auch im nationalsozialistischen Staat niemanden etwas. Aber Geld und Kredite werden das, was sie ihrer natürlichen Funktion nach sein sollten: reine Verkehrsmittel und dürfen mit nichts anderem belastet werden, als ihren tatsächlichen Verwaltungsvermögen. Die Belastung von Geld und Krediten mit einem zusätzlichen Zins, der

ihre natürliche Funktion als Verkehrsmittel verflüssigt, wird durch klare Erkenntnis der großen, volkswirtschaftlichen Nachteile unterbunden und durch die vorgezeichnete Geld- und Kreditkontingentierung unmöglich gemacht.

Durch evtl. Aufhebung des Rechtsschutzes für private Geldausleihung wird es möglich sein, sämtliche flüssigen Mittel in den beiden staatlichen Zentral-Kreditbanken zu vereinigen. Wenn dann auch die Eingabe von flüssigen Mitteln keinen Zins mehr trägt, so wird jedoch der Kapitalanspruch absolut gesichert durch Einlage in der „Bank von Deutschland“ oder dem deutschen Zentral-Hypothekendienst. Kapitalverluste, die früher eine gewisse Risikoprämie bedingten, die sich in der Zinserhöhung ausdrückte, werden dann unmöglich sein, weil über diese Geld- und Kreditorganisation das gesamte Volk zu der größten und sichersten Versicherungsgemeinschaft zusammengefaßt wird, in die er seine Einlage einbringt. Falls der Sparer nicht bereits die staatliche Altersversicherung erhält hat, so steht ihm jederzeit frei, sich mit einem Teil oder dem ganzen Ersparnisse eine Rente zu kaufen, die ihn im Alter schützt. Dieser Zustand ist durchaus kein unmöglicher oder noch nie dagewesener. Man bedenke, daß früher die guten englischen Staatspapiere auch nur 2-2,5 Prozent Zins infolge ihrer Sicherheit brachten und daß für Geldeinlagen in die Banken der Schweiz und Holland 3-4 Prozent Zins gezahlt wurden, während die Banken der Schweiz und Holland 3-4 Prozent Zins gezahlt wurden, während die Banken der Schweiz und Holland 3-4 Prozent Zins gezahlt wurden, während die Banken der Schweiz und Holland 3-4 Prozent Zins gezahlt wurden.

Durch eine solche Organisation des Geld- und Kreditwesens, durch bewußte Kontingentwirtschaft, d. h. Ausweitung und Einengung der drei Grundvolumina; der Geldzeichen, der Kredite und der Immobilien, innerlich ihrer durch die Fruchtbarkeit der Gesamtwirtschaft bedingten

Grenzen — wird der Nationalsozialismus eine im tiefsten Sinne produktive Wirtschaft von weit höheren Ueberzinsen als in der Vorkriegszeit aufrichten, in der Gemeinnutz vor Eigennutz steht, und die Zinsfreiheit in Wahrheit gebrochen ist. Nur die oben beschriebene Sofortmaßnahme der Zinsherabsetzung und der damit überhaupt erst möglichen Ausweitung des Kreditvolumens für produktive Zwecke kann die Selbsthilfe jedes Einzelnen wieder auslösen, die heute durch die Zinsfessel gebunden ist und der Wiederbelebung der Wirtschaft nutzbar machen. Denn, wenn jeder einzelne Unternehmer wieder in der Lage ist, für die gleiche Zinslast wie bisher ein höheres Kreditvolumen für produktive Zwecke zu erlangen, also sein Betriebskapital wieder zu vergrößern und vor Zerstörungen durch die öffentliche Hand durch deren Kontingentierung geschützt zu wissen, wird jeder Unternehmer selbst nach neuen Möglichkeiten, produktive Arbeit zu schaffen, in seinem Umkreis Ausschau halten, und verleihe, der heute infolge der Zinslast oder des dadurch bedingten Betriebsmittel-Mangels einen unrentablen Betrieb hat, wird wieder zu neuer Rentabilität gelangen. Es handelt sich heute also an erster Stelle darum, das Kapital wieder zu vergrößern, das den Zinsdruck 3-4 Prozent in den entwerteten Sachwerten unfruchtbar gehalten werden wird. Die Arbeitsbeschaffung erfolgt dann von selbst unter gewisser Förderung durch staatliche Aufgaben.

Das eine solche Geld- und Kreditorganisation die erste Voraussetzung auch für die Wiederherstellung einer fruchtbaren Landwirtschaft ist, bedarf keiner weiteren Erörterung; wie überhaupt der Ständige Aufbau und eine zielbewußte und für die Gesamtwirtschaft und Außenpolitik fruchtbare Außenhandels-Organisation nur auf der Grundlage einer Kontingentwirtschaft möglich ist.

Kontingentierung bedeutet: Bewußte organische Gebundenheit nach außen (durch Rahmengesetze) und größtmögliche Freiheit der einzelnen wirtschaftenden Personen (durch Selbstverwaltung) nach innen. Sie bedeutet Brechung der Zinsfreiheit und Erhebung der Volkswirtschaft in den Rang der Naturwissenschaften (Biologie) durch empirische Fundamentierung.

Schwarzrote „Staatsbürgerkunde“

Dafür zahlen wir Steuern

Unter „Staatsbürgerkunde“ versteht man heute im offiziellen Deutschland den Besitz eines Parteibuches der Regierungskoalition oder doch wenigstens das Eintreten für die Regierungsparteien am Wahltag. Angesichts des offensichtlichen Bankrottes der Systemparteien, jammert man seit den Septemberwahlen 1930 über das Fehlen des gesunden „Staatsbürgerkurses“. Da die Wähler für die Dargestellten immer peiniglicher wird, versucht man mit allen Mitteln auf die Wähler einzuwirken, die jedoch angesichts der verheerenden Folgen der Regierungspolitik wenig Erfolgsaussicht für sich haben. Seit Jahren hat bekanntlich die Reichsregierung zur Hebung dieses „Staatsbürgerkurses“ eine eigene Organisation geschaffen, die unter der vorkriegsbedingten Firma „Reichszentrale für Heimatdienst“ bekannt war für die jeweilige Regierungskoalition zu machen hat. Aus den Gliedern der verschiedenen Parteien wurden in dieser Organisation die Reichszentrale reichliche Geldmittel zu, die von dort aus weitergeleitet wurden. In aller Erinnerung ist noch die aufdringliche Propaganda des „Heimatdienstes“ für die Verfallungsgesetze, die mit den Geldern der deutschen Steuerzahler indirekt bezahlt wurde.

Um nun die Propaganda für die Systemparteien möglichst harmlos und verschleierte durchzuführen, werden von dieser Reichszentrale auch heute noch — in den Zeiten untröstlicher Not — sogenannte „Staatsbürgerliche Lehrgänge“ abgehalten. Dabei geht das Liebeswerben in erster Linie um die Beamten, die Lehrer und Polizeibeamten. So wurde vom Kaiserat Brandenburg der „Reichszentrale für Heimatdienst“ im Jahre 1931-32 insgesamt 2 Lehrgänge, 28 „Staatsbürgerliche Bildungstage“, 7 Lehrertagungen, 8 „Staatspolitische Abende“, 204 Einzelpredigten, 71 Lichtbildvorträge, und a. m. in der Provinz abgehalten. Hierzu tritt die Herausgabe von Flugblättern einer Zeitschrift, „Reichsdienst“, Broschüren und schließlich eine Ueberflutung der Provinzpresse mit unentgeltlichen Redaktionsmaterial. In anderen Provinzen wurde Entlohnung „geleistet“.

Das alles geht auf Regiments-Unkosten, der deutsche Steuerzahler wird mit den Regimentslosen für die Systemparteien be-

lastet. Wohin diese Ausgabenwirtschaft führt, bewies ja die Ablehnung von 500.000 RM. Sonderausgaben des damaligen Innenministers Wirth für „Propaganda“. Die anderen Unkosten werden häufig verborgen in den Haushalten der einzelnen Ministerien verschleiert. Es wird höchste Zeit, daß mit dieser Verschwendung auf Kosten der Allgemeinheit endlich Schluss gemacht wird. Einrichtungen wie die „Reichszentrale“ haben absolut keinerlei Daseinsberechtigung. Eine Regierung, die positive Leistungen vollbringt, hat es nicht nötig, für sich Reflektoren zu machen.

Adolf Hitler im norwegischen Urteil

„Tidens Tegn“ bringt am 20. April einen längeren Aufsatz von Olaf Ruge mit der Überschrift: „Das Symbol des Sonnenkreuzes“, mit einer ausführlichen Darstellung des nationalsozialistischen Programms. Der Artikel schließt:

„Deutet das hier Gefagte darauf, daß Hitler ein Ungeheuer für sein Volk ist? Ein Mann, der sein Land und die Welt in Abenteuer und Bürgerkrieg stürzen will? Heißt er zum Nachdenken gegen Frankreich? Weit entfernt. Nur das willige Entschließen kann ein einziges seiner Worte so deuten. Denn daß er und seine Schaar die heimische Erde lieben und das Ideal höher setzen als das Leben, und bereit sind, es zu opfern, das ist doch wohl nichts als ein ergreifender Ausdruck dafür, daß heilsame Gesinnung Gott sei Dank noch lebt in einem bis zum Absterben der Verwesung in wirtschaftlicher Not begrabenen Volk. Die Millionen, die zu ihm gestürzt kommen, sie sehen in ihrem Führer den einzigen, der noch imstande ist, sie vor dem roten Nirwana zu retten, sie sehen in ihm das Symbol des Sonnenkreuzes in seiner Fahne wie unsere nordischen Ahnen, im Auge die Hoffnung auf eine Sonnenwende für die leidende Menschheit. Sie haben das sichere Vertrauen, daß ihr Führer im Winde ist mit dem besten in der Menschennatur — der Liebe zu Blut und Erde und dem friedlich schaffenden, Bauenden, arbeitenden Volk.“

Aus aller Welt

Gepaar von einem verführten Bewerber der Tochter niedergebissen.

Geilenkirchen. Eine schwere Bluttat hat sich in Scherpenhezel zugetragen. Im Hause eines Wirtes kam es zu einem heftigen Wortwechsel, in dessen Verlauf ein 27-jähriger Mann den Wirt und seine Frau mit dem Revolver erschoss. Zwischen dem jungen Mann und dem Ehepaar hatte es bereits seit einiger Zeit Streitigkeiten gegeben, weil der Vater den jungen Mann, der arbeitslos war, als Schwiegersohn ablehnte.

Vier Streichholzfabriken suchen ihren Eigentümer.

Kopenhagen. Eine seltsame Angelegenheit wird in Oslo bekannt. Die vier norwegischen Streichholzfabriken suchen in der ganzen Welt nach ihrem Eigentümer. Kreiger ober, richtiger gesagt, die International Match Corporation übernahm vor einigen Jahren diese vier Fabriken, bei denen es sich herausstellte, daß niemand auch nur die geringste Ahnung davon hat, wo die Aktien mehrheitlich dieser Streichholzfabriken sich befinden. Man nahm an, daß sie in New York sei. Es hat sich aber herausgestellt, daß das nicht stimmt. Man hat in den letzten Tagen einen lebhaften Telegrammwechsel mit den Großbanken der ganzen Welt geführt, um endlich herauszufinden, wo die Aktien liegen. Aber bisher ist alles vergeblich gewesen.

Taijün über Nann.

Paris. Ein Taijün von selten beobachteter Stärke hat die französische Kolonie Nann heimgeführt und in den Häfen von Piont und Bangoi haben zahlreiche Menschenleben auch große Opfer an lebendem und totem Inventar gefordert. Die Verleuten und Toten belaufen sich im Augenblick auf etwa 500. Eisenbahnbrücken wurden infolge des ungeheuren Sturms fortgeweht.

Anonyme Geldsendungen an den Prinzen von Wales aus Hamburg.

London. Seit dem Kriegeausbruch erhält der Prinz von Wales, dem „Sunday Dispatch“ zufolge, allmonatlich aus Hamburg einen anonymen Beistandsschein, in dem sich ein 100-Markschein befindet. Die Anschrift ist offensichtlich von einem Deutschen geschrieben. Niemand könne sich vorstellen, warum der Deutsche jeden Monat dieses Geld schickt.

„Die Brenneisel“, politisch-satirische Kampfschrift. Hauptverleger: Wilhelm Weiß, Zentralverlag der NSDAP. Reg. Cher Adolf, G. m. b. H., München 2, Dierichstr. 11.

Die Folge 18 der Brenneisel ist heute erschienen. Ihr Titelbild von Seyppa darf man getrost zu den besten Blättern zählen, die seit Jahrzehnten auf dem Gebiet der politischen Satire erschienen. Ein roter Hentel überreicht der entzündeten Salome — Frankreich als Haupt des Täufers auf einer Schüssel eine SM-Mähe; im Hintergrund die Urheber der Aktion, Groener und Brüning als Herodes und Mariame, von so umarmender Komik, daß man darüber lachen könnte und nur wünschen kann, je der Deutsche möchte das selber sehen. Schon vorläufige Illustration zu einem der besten Witze, die je über das heute leider noch akute Thema: die Justiz als Spielball einer unmoralischen Parteidiktatur, gemacht wurden, ist eine Höchstleistung. Schmal bringt uns im Bild der General Groener, der seinen Urlaub mit einer Kneippkur in schöner Harzlandschaft verbringt, über den gleichen Gegenstand macht Leo gute Witze. Eine reizende Erzählung voll bispigen Humors führt uns an den Kaiserhof der Frau Revoluzzi, die, von ihren eigenen Familienangehörigen in die Enge getrieben, schon ganz und gar allen jugendlichen Schmeck verfallen läßt und in geradezu meisterhafter Schilderung zeigt uns das Verbot der Einnahme, den das letzte Wahlergebnis auf das „ausgewählte Volk“ gemacht hat. Fikter Kings Epigramm und sein Gedicht „An eine Bahnhofs“ sind unerreicht. Dwid, Sch. Brant und Kille-Kille überlassen immer wieder durch neue Kurzschnitten, in denen sie die Geißel schwingen über allen, die sich eine Witze geben. Fünf reizende Balletttratten neuerer Schult, in der ihm eigenen fritten Art, als Illustration bei zu einem bispigen Witze über die Parlamentarismus der Sozialdemokratie. Otto Flechter bringt uns Kämpfer und Kriegsmilitär, frühere und heutige, ganz trocken auf einem Blatt übereinander. Da müßen die ernstesten Menschen lachen. Tills Phantastik macht einen grünen. Welch ein Ausbruch allein in den leeren Sälen in einer Zeichnung „Dor Kreuzzug“! Tausender schwarze Mäuler voller Anklage! Unflagen tut auch H. C. in seiner kleinen Erinnerung an einen großen Krieg, während das Wertvolke, was dieses Blatt enthält. Diese Erzählung in die Brenneisel gebracht zu haben, beweist mit Nachdruck die kulturelle Höhe ihrer Schriftleitung, die von keiner Konturierung auch nur annähernd erreicht werden kann.

Aus Bremen Stadt und Staat

Keine Beteiligung am roten Volksbegehren

Befanlich steigt in den Tagen nach Pfingsten in Bremen ein kommunistisches Volksbegehren zur Auflösung der Bürgerstadt, das lediglich auf dem Versuch beruht, die schwere Not leidende Arbeiterstadt mit bolschewistischen Parteien zu verhehlen. Wir denken nicht daran, der in Auflösung begriffenen SPD, zu einem billigen Schein-erfolg zu verhelfen, wenn wir auch geneigt sind auf dem Standpunkt zu beharren, daß die heutige Bürgerstadt in keiner Form mehr dem Willen der bremischen Bevölkerung entspricht.

Die SEDAB. beteiligt sich also nicht an dem kommunistischen Volksbegehren.

Falsche Prophezeien

Der „Sanjabund“, dieses sozialparteiliche und potentiellrassistische Interessengruppen, das mit falschem mittelständlichem Vorzeichen haushieren geht, offeriert wieder mal seine Meinung zur „Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsbelebung“. Dabei wird u. a. gefordert: Reform des Tarif- und Schlichtungswesens unter Beteiligung der Einzelindustriellen zur Verbesserung einer individualisierten Lohngestaltung (?). Anpassung der Anforderungen der Sozialversicherung an die geminderte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zwecks Sicherung (?) des Bestandes der Sozialversicherung, Krisenunterstützung und Wohlfahrtsfürsorge, Zurückhaltung (?) auf dem Gebiete der Siedlung, Verkehrsnetzes und der Erschließung landwirtschaftlich nutzbarer Reulandes.

Diese Forderungen sollen die Grundlage der künftigen Steuerentlastung für die Wirtschaft abgeben. Offenbar merkt der „Sanjabund“ gar nicht, daß er mit diesen Forderungen dem wahren Lohnraub, Unterdrückung der Arbeiter und der Preisgabe der Siedlung usw. den Weg ebnet, der von der Reichsregierung u. z. beschritten werden soll. Wichtiger ist, daß man das nicht merken will, um der Selbstentleerung der Augen zu freuen und eine Belebung der Wirtschaft vorzutäuschen. Deutschlands Arbeitermerkmale wird Arbeit haben, Deutschlands Beamtenstand wird auf der Grundlage gesunder öffentlicher Haushalte arbeiten, Deutschlands Jugend wird einer besseren Zukunft entgegengehen, wenn Selbstverantwortlichkeit, Selbstbewußtsein, Mut und Vertrauen wieder zur Grundlage freier wirtschaftlichen Schöpfens des ganzen Volkes geworden sind. So prophezeien die kapitalistischen Kapitalgierigen und meinen, das deutsche Volk werde nochmals auf diesen Reim treten.

Jirka Sarrafani eröffnet

Gala-Abend in Bremen

Die Künste unter grauem Zeltdach

Sarrafani! Das Wort gesprochen ist Begriff und Inhalt eines Unternehmens, das in der gesamten Welt Achtung und Anerkennung ausgelöst hat und weiter ausbreiten wird.

Das macht es aus, daß in Belgien Gauvinisten gegen den deutschen Belagisten ankommen wollten. Nichts, gar nichts! Sarrafani steht da und winkt zur Achtung.

Gestern Abend war Gala-Prämiere in Bremen. Graun in grau hingen die Wolken eines Monats, der nicht die rechte Stimmung für einen Massenbesuch aufkommen ließ. „Er bleibt ja bis Pfingsten“, das weiß der Bremer. Doch für heute sei ihm schon der gute Rat gegeben: Geh! hin und schau den Aufmarsch der Nationen unter den Klängen irdischer Lust an. Folge mit Spannung den geheimnisvollen Bewegungen der Massen, drehe dich in der Höhe, leiste in der Tiefe, in der Höhe des Jirka-Sarrafani. In stottem Tempo folgt Nummer auf Nummer. Phantastische Darbietungen der Popstärker des Jirka-Sarrafani.

Greifen wir weiter nur einzelne Glanzbeispiele heraus: Des Herrn Frohn mit seinen lampen-tragenden Gesellen, wie der Tierlehrer Stoffe schmeißende Tiger in artistischen Sprüngen dem erkannten Publikum präsentiert. Sind das noch Reize? Nein! Die Zwanggruppe unter Jirka-Sarrafani Regie auch beachtlich. Ganz groß die Amerikaschau aus dem Wilden Westen, das Aufgebot der Cowboys, Cowgirls und Indianer in ihren zottigen Tänzen und wilden Bewegungen. Doch über allem stehen erhoben die persönlichen

Die Vierzigstunden-Woche!

Ein schaffender Arbeiter hat das Wort

Wieder einmal ist der erste Mai vorüber! Und die sogenannten „Maidemonstrationen“ der marxistischen Parteien, „für den Achtstundentag, Sozialismus und Völkerrfrieden“, gehört wieder der Vergangenheit an. Da diese politischen Helden für den wohnsinnigen „Internationalismus“ mit den Massen der noch nicht aufgeklärten Arbeiter rechnen mußten, haben die geistigen Väter der Sozialdemokratie eine neue Forderung aus ihrer Parteischublade herausgekratzt:

Die „Vierzigstunden-Woche“

Ist in dieser Krisenzeit für uns Arbeiter, die wir noch in Arbeit stehen, weiter nichts, als eine neue Belastung, wenn jeder Arbeiter bedenkt, daß die Sozialisten zum größten Teil nur von denen getragen werden, die noch in Vollarbeit stehen, um denen, die aus der Arbeit unverschuldet herausgekommen sind, Unterstützung zukommen zu lassen. Es ist eine unangenehme Forderung von seiten marxistischer Intellektueller, die von einem Staate, welcher keine feste Plattform besitzt, um eine geregelte Wirtschaft wieder aufzubauen, solche Forderungen in den Vordergrund stellen, um nach ihrer Ansicht Arbeit zu beschaffen.

Nein und nochmals nein!

Hierdurch werden die Arbeitsmöglichkeiten

noch weiter verschlechtert, wenn man bedenkt, daß eine Arbeitszeitverkürzung mit „Vollausgleich“ nicht in diesem Staate mehr möglich ist, sonst hätten wir die Notverordnung vom 10. Dezember 1931 nicht nötig gehabt.

Selbst der Zeit, die nach der letzten großen Notverordnung im Dezember vergangen ist, ist es der Reichsregierung nicht gelungen, die Produktion trotz geplanter Gesetzbüchsen zu reduzieren. Es besteht heute in allen Branchen und Industriezweigen noch eine große Überproduktion.

Darum können wir diesem System auch keinen Glauben mehr schenken mit der Vierzigstunden-Woche. In den meisten Betrieben werden heute nur noch 5 Tage bzw. 3 Tage gearbeitet, außer Verkehrsbetrieben, mithin sind in diesen Betrieben die Arbeitnehmer mit ihrem Einkommen schon so gesättigt worden, daß eine neue Belastung nicht mehr zu ertragen wäre.

Darum fordern wir Arbeiter, daß diese Regierung zurücktritt, um neuen Männern mit einer neuen Aufstiegsidee Platz zu machen und das ist der Nationalsozialismus mit ihrem Führer Adolf Hitler!

Willy Uebe.

Leistungen der Menschen, die uns am meisten anziehen: Die Kreuzkombination am fliegenden Tropfen, dargestellt von zehn Dais, der klassische Jodelsprung der Gebrüder Reisch in wogenden Wellen. Eine treffliche Einlage in einer Dressurparade bietet der italienische Jockeywaggon, nicht Clownerie in dummen Blüten, durch den Auftritt und Heide. Wir bewundern die Dressuren der Elefantenherde und schließen uns dem Hoftheater des Mikado an.

Über 4 Stunden Vollerfülle und jenseitige Höchstleistungen fesseln das Publikum und eine nationale Pflicht gebietet uns, den Jirka Sarrafani zu besuchen.

Amtswalter!

Mittwoch, den 11. Mai, 20.30 Uhr, Magdeburger Hof, vertrauliche Amtswalter-Besprechung. Der Organisationsleiter.

Deutsch der Rundfunk!

Das schnelle Anwachsen der Mitgliedszahl in Bremen der Verbandsgruppe Nationalsozialisten im Reichsverband Deutscher Rundfunkteilnehmer hat folgerichtig den Beweis erbracht, wie notwendig es war, die Gründung der Verbandsgruppe durchzuführen.

Ich rufe allen nationalgefinnten Rundfunkteilnehmern (auch Nicht-Naz.) zu: „Kämpf mit uns gegen den roten Rundfunkterror, für die Wertschätzung des deutschen Rundfunks.“

Wir fordern:

1. Gleichberechtigung am Mikrophon. Das Mikrophon frei für Adolf Hitler. Abhaltung der ausgedehnten Darbietungen. Herabsetzung der monatlichen Gebühr von RM. 2.— auf RM. 1.—.

2. Bei Nichtbeachtung unserer Forderungen durch die Rundfunkleitung leitet die Verbandsgruppe Nationalsozialisten im Reichsverband Deutscher Rundfunkteilnehmer in Kürze den Hörfunkstreik ein.

Werden Sie sich zur Aufnahme als Mitglied auf der Geschäftsstelle. Für jede Aufnahme ist ein einmaliger Kampfsbeitrag in Höhe von RM. 1.— zu entrichten. Für jedes Quartal ist ferner ein Beitrag von RM. —50 zu zahlen, wogegen jedem Mitgliede monatlich die Kampfschrift „Deutsch der Rundfunk“ kostenlos zugesandt wird.

Der Bezirksfunkwart.

Der Bezirksfunkwart teilt mit: In Angliederung an die Ortsgruppen-Rundfunkstelle der Verbandsgruppe der Nationalsozialisten im Reichsverband Deutscher Rundfunkteilnehmer wird eine technische Beratungsstelle verbunden mit einer Vorfassungs- und Einrichtung eingerichtet. Ich richte die Bitte an Sie, der Vorfassungsgruppe außer Betrieb gesetzte Empfangsgeräte (Detektor, Röhren, auch

alte Typen), Lautsprecher, Telephone, Einzelteile, wie Kondensatoren, Röhren, Transformator, Bananenstecker, Schrauben, Altkabelbatterien, Schraubenzieher, Zangen usw., zur Verfügung zu stellen. Geben Sie Ihre Adresse auf der Geschäftsstelle bekannt, damit die Teile abgeholt werden können, oder machen Sie sich im Interesse der guten Sache, selbst die Mühe, derartige Teile auf der Geschäftsstelle abzugeben.

Der Bezirksfunkwart.

Achtung! Motorradfahrer!

Alle Parteimitglieder Bezirks-, Ortsgruppenleiter, Röhren, sonstige Naz., die als Fahrer oder Beifahrer zu Parteibezugsanstellungen mit einem Motorrad fahren, sollen, um gegebenen Falles Unterstützung erhalten zu können, zur Motorradfahrerliste der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (Postfachkonto München 19320) von ihren Ortsgruppen gemeldet werden. Die grünen Richtlinien der Motorradfahrerliste vom 15. 4. 32. sind durch die zuständige Verwaltung oder direkt durch die Motorradfahrerliste München 43, Postfach 80, zu beziehen.

München, den 3. Mai 1932.

Amtswalter-Sitzung der Sektion Mitte.

Die Sektion Mitte veranstaltete am Freitagabend ihre erste, zahlreich besuchte Amtswalter-Sitzung nach den Wahlen. Es wurde zu den bevorstehenden organisatorischen Arbeiten Stellung genommen und besonders die Notwendigkeit einer eingehenden Schulungsarbeit im kleineren Kreise — Sprachkurse in den Dialekten usw. — betont. Von allen Seiten kam der entschlossene Wille zum Ausdruck, mit vermehrter Kraft den Kampf weiterzuführen bis zur Erreichung unseres Zieles. Mit einem Siegesheiß auf den Führer schloß die ausregend verlaufene Sitzung, die den Beweis brachte, daß die Sektion Mitte auch für die kommenden Kämpfe gerüstet dasteht.

Raubüberfall im Schlafzimmer.

Maskeerte Räuber erbeuten 130 RM.

Montag vormittag gegen 3.30 Uhr drangen zwei junge Männer in das unverschlossene Schlafzimmer des 14jährigen Sohnes eines Wirtes an der Nothofener Heerstraße. Sie hatten durch vorgegebene Taktiken die untere Gehlethälfte verdeckt. Mit einem Tischtuch banden sie dem jungen Hände und Füße zusammen und find dann in das Zimmer der Großmutter gedrungen, von der sie die Schlüssel forderten. Die Täter

öffneten eine Kassetten und stahlen 130 RM. in Silber und eine Umhängebürse. Die Täter sind etwa 25 Jahre alt, von schlanker Figur und haben dunkle Anzüge und Hüte getragen. Der Größere von Beiden soll einen Revolver gehabt haben.

Steigerung der Kleingartenenerträge durch Anwendung von Kunstdünger. Die Landwirtschaftskammer schreibt uns: Die Bewirtschaftung von Gemüsegärten und Kleingärten Kartoffelfeldern werden auf die große Bedeutung der Verwendung von Kunstdünger für die Steigerung der Erträge hingewiesen. Durch Stallbindung allein ist es nicht möglich, die höchsten Erträge zu erzielen. Die Pflanzen benötigen bestimmte Nährstoffe, von denen die wichtigsten unentbehrlich sind. Es sind dies vor allem Stickstoff, Kalzium, Phosphorsäure und Kali. Das letztgenannte Düngemittel muß in der Regel für sich allein angewendet werden. Die drei anderen Nährstoffe jedoch können in bestimmten Formen (aber auch nur in diesen) gleichzeitig dazugegeben werden. Die Herstellung von Kunstdüngergemischungen ist wegen der Schwierigkeit der Kontrolle des Gehalts an wertbildender Substanz, namentlich beim Einkauf kleinerer Mengen, gesehlich geregelt. Die in der Landwirtschaftskammer mit Erlaubnis des Reichsnährungsamts hergestellten Kunstdüngergemischungen entsprechen den Vorschriften und praktischen Bedürfnissen. Sie eignen sich zur Düngung des Gemüses und der Kartoffeln besonders auch deshalb, weil sie die Nährstoffe in einem günstigen Durchschnittsverhältnis enthalten. Jeder Pflanzung liegt die Angabe über den prozentualen Nährstoffgehalt sowie eine Gebrauchsanweisung bei. Die Ausgabe erfolgt im Kammerhaupte, Altenwall 16 und bei den beteiligten Kleinhandlern. Weiteren Kleinhandlern steht die Beteiligung frei.

Die Notlage der Kinderkürfsorge

Der große Mangel der Kinderkürfsorge, der Segen, den sie in den Nachkriegsjahren für kranke, bedrohte und schwache Kinder gebracht haben, liegt klar zutage. Durch sie konnte Tausenden das kostbare Gut der Gesundheit, eine gefragte Konstitution und erhöhte Leistungsfähigkeit geschenkt werden. Die hierfür angewandten finanziellen Mittel haben reiche Zinsen gebracht. Umso mehr ist es zu beklagen, daß durch die Not der Zeit diesem praktischen Hilfsmittel im laufenden Jahre Verschärfungen auferlegt werden, die sich in einem niedrigeren Niveau der Volksgesundheit zeigen oder später offenkundig machen. Leibesübungen aller Art, Sport und Spiel helfen wohl, die gesunde Jugend zu erhalten und zu fördern, die krankheitsgefährdete aber erfordert andere Maßnahmen, um von ihr für die Allgemeinheit zu retten, was zu retten ist. Von der idealen Möglichkeit, für jedes kranke, bedrohte Kind eine ausreichende Fürsorge zu schaffen, sind wir leider weit entfernt. Nur die dringendsten Fälle können berücksichtigt werden. Aber ihre Zahl ist größer, als der Zahl glaubt. Komme in früheren Jahren durch Mittel des Staates, der Krankenkassen und Spenden wenigstens 3000 kranke und erholungsbedürftigen Kindern geholfen werden, kann in diesem Jahre nach Lage der Dinge vorläufig nicht einmal der dritte Teil in Frage kommen, wenn nicht Hilfe in größerem Maßstabe geleistet wird.

Dr. Wessels.

H. Wagner: „Lannhäuser“

In der Festaufführung des „Lannhäuser“ begrüßte Fräulein Klement die „teure Halle, die sie so lange geliebt“, und man erfreute sich an der königlichen Erscheinung, dem unendlichen Wohlstand der Stimme und der gereiften Darstellungskraft, welche die Künstlerin für diese Rolle einbrachte. Ihr Spiel offenbarte das starke Mitgefühl dieses Frauencharakters und hinterließ, diese Gestalt bis in die kleinsten Weisheits nachvollziehbar, diese Einbrüche. Wir wünschen der Künstlerin, daß sie diese Partie noch öfter spielen möge, damit sie Gelegenheit bekommt, ihre musikalische Sicherheit noch zu vervollkommen, wenn nicht die Schicksale der Künstlerin.

Willy Uebe.

Doppelter Rabatt — doppelte Pfingstfreude!

10% 10%

Von Mittwoch, dem 11. bis Samstag, den 14. Mai auf alle Waren (mit Ausnahme weniger Artikel) doppelte Rabattmarken! — Auf Wunsch statt Rabatt bei Einkauf für 2 RM. ein schöner Desserteller, bei Einkauf für 3 RM. eine feine Tasse mit Untertasse aus echt bayerischem Qualitäts-Porzellan.



KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT

Spielplanänderung im Stadttheater. Am kommenden Donnerstag findet statt der angekündigten Wiederholung von „Mutter muß heiraten“ noch eine Aufführung von Hubert Weisteroper „Fra Diavolo“ statt, mit den Damen Penke, Mühldach und den Herren Gleizner, Schweinsberg, Spiro, Birkenfeld, Kalper.

Pfingstfahrten mit dem Norddeutschen Lloyd. Das Pfingstprogramm der Seebüderdampfer des Norddeutschen Lloyd ist auch in diesem Jahre wieder besonders reichhaltig. Es werden Dampferfahrten von Bremen, Bregaland, Norham, Bremerhaven, nach Helgoland und Bangeroge sowie von Wilhelmshaven nach Helgoland veranstaltet. Zu allen Dampfern sind unmittelbare Eisenbahnverbindungen von und nach dem Binnenlande gegeben. Der Weg über Bremerhaven, die Heimat der Oceanreisen des Norddeutschen Lloyd, bietet eine besondere Anziehung dadurch, daß die Eisenbahnfahrt durch das Bremerhavener Hafengebiet führt, und der Reisende bereits hier vom Zuge aus einen guten Überblick über die gewaltigen Häfen und die im vergangenen Jahre dem Verfall übergebene Norddeutsche, die größte Schiffe- und Passagierkammer der Welt, erhält. Der Turbinendampfer „Holland“ verkehrt am 14. Mai, nachmittags, von Bremerhaven (Columbus-tafel), der Abfertigungsstelle der Großdampfer des Norddeutschen Lloyd, nach Helgoland und zurück. Am gleichen Tage führt der Doppelschraubenjalousendampfer „Vorwärts“ die erste diesjährige Sommerfahrt von Bremen-Stadt (Freihafen I) aus mit Einbooten in Bregaland und Norham sowie Unlegen in Bremerhaven. Die für diese Sonderfahrt herausgegebene verbilligte Fahrkarte berechtigt zur Rückfahrt ab Helgoland (Landungsbrücke) am 15. und 16. Mai bis Bremerhaven (Columbus-tafel) und Weiterfahrt bis Bremen-Hauptbahnhof mit der Eisenbahn. D. „Holland“ fährt am 15. und 16. Mai vormittags ab Bremerhaven (Columbus-tafel) und abends von Helgoland nach Bremerhaven zurück. Von dort Weiterfahrt nach Bremen und dem Binnenlande mit der Eisenbahn. Am 17. Mai verkehrt D. „Vorwärts“ nur abends von Helgoland nach Bremerhaven, und am 18. Mai nimmt D. „Holland“ seine diesjährigen regelmäßigen Fahrten auf, die in der Voraison (18. Mai bis 18. Juni) an jedem Mittwoch,

Donnerstag und Sonntag von Bremerhaven nach Helgoland und zurück stattfinden. Zwischen Bremerhaven und Bangeroge verkehrt wieder der beliebte und bekannte D. „Delphin“, und zwar Hin- und Rückfahrt am 14., 15., 16. und 18. Mai. Am Sonntag, den 14. Mai, führt der Dampfer ab Bremerhaven (Columbus-tafel) morgens und nachmittags, Rückfahrt ab Bangeroge ab nachmittags und abends. In der beiden Pfingsttagen führt D. „Delphin“ Fahrten ab Nordenham über Bremerhaven nach Bangeroge und zurück aus. Von Wilhelmshaven aus fährt D. „Vorwärts“ am 15. und 16. Mai nach Helgoland und zurück. Außerdem ist die Möglichkeit gegeben, mit der Sommerfahrt ab Bremen am 14. Mai über Bremerhaven-Helgoland nach Wilhelmshaven zu gelangen und am Dienstag, den 17. Mai, von Wilhelmshaven über Helgoland nach Bremerhaven zurückzufahren. In allen Fahrten werden erheblich ermäßigte Schiffsrückfahrkarten ausgeben, die bei den Vertretungen des Norddeutschen Lloyd, der Hamburg-Amerika Linie, der MCH-Reisebüros und an Bord zu haben sind. Eisenbahn-Sonntagsrückfahrkarten können an den Schaltern der Bahnhöfe und bei den MCH-Büros gekauft werden. Sie gelten vom 11. bis 23. Mai. Auskünfte und Fahrpläne sind ebenfalls bei den vorerwähnten Stellen erhältlich.

Aus der Umgegend

Markushof in Flammen!
Ein Stück Geschichte vernichtet
Vorpswebe. Ein schmuckes niederländisches Gebäude, der „Markushof“ wurde gestern nachmittags ein Raub der Flammen. Aus dem bemosten Strohdach loderte die Brandflamme und zerstörte in fast einer Stunde das ganze Gebäude, das davon erzählt kann, wie Carl Hauptmann und Rainer Maria Rilke hier am Kamin gesessen haben. Man nimmt an, daß eine schadhafte Feuerungsanlage die Vernichtung herbeiführte. „Markushof“ wurde das Gebäude nach seinem früheren Besitzer, Bürgermeister Markus, benannt. Fr. Markus und Malerschiffsteller Tögel waren die gegenwärtigen Wohnungsinhaber.

Aufmarsch der Parteien in Oldenburg

Die Christlich-Sozialen haben das Rennen aufgegeben

Oldenburg. Für die oldenburgische Landtagswahl am 29. Mai sind neun Parteien eingereicht worden, und zwar:

Deutschnationale, Sozialdemokraten, Nationalsozialisten, Kommunisten, Staatspartei, Landvolkpartei, Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), Zentrum, Nationale Vereinigung (Wirtschaftspartei und Volkspartei).

Die Christlich-Sozialen werden bei der diesjährigen Landtagswahl überhaupt nicht herzutreten. Soweit bisher bekannt, ist im übrigen noch eine unpolitische Rufe aus dem Gauleland eingegangen, von der noch nicht feststeht, ob sie zugelassen wird. Der Wahlvorschlager der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) weist 45 Namen auf. Die ersten 25 Kandidaten sind: 1. Kaufmann Carl Röver-Oldenburg, 2. Landwirt (Pächter) Dietrich Gobbie-Sollen bei Bielefeld, 3. Reichsbahnobersekretär Georg Joel-Oldenburg, 4. Arbeiter Johann Hoggemann-Kayhausen bei Wischenagau, 5. Landwirt und Gemein-

vorsteher Hirt. Mel-Bretter, 6. Studienrat Dr. Gullis Anghe-Müfflingen, 7. Handlungsgehilfe Otto Herzog (SAP), Oldenburg, 8. Maler Bernhard Michaels-Gloppenburg, 9. Landwirt (Pächter) Bernhard Meentgen-Gershamm, 10. Kaufmann Heinrich Thümler-Suhr b. Delmhorst, 11. Landwirt Ernst Daum-Neuer, 12. Multinator Bernhard Meyer-Neuenburg, 13. Landwirt Otto Hage-Mankie, 14. Landgerichtsrat Julius Rauh-Oldenburg, 15. Landwirt Heinrich Bornert, Westermünde b. Cloppenburg, 16. Elektriker Karl Heide-Strädelhauemoor, 17. Kaufmann Johann Behlen-Weberdeich b. Berne, 18. Stadtrat Dr. med. Fritz Groppe-Delmhorst, 19. Arbeiter Heinrich-Johann-Odenstrohe-Barcl, 20. Landarbeiter Meegen Flehner-Babbewarden, 21. Dipl.-Landbesitzer Mart. Kerwig, Handelsstudient, Müfflingen, 22. Landwirt Karl Poppe-Barcl-Döflingen, 23. Dortelegraphenbetriebsleiter Hermann Brunten-Brate, 24. Werkschleifer Wilhelm Kronsbein-Müfflingen, 25. Landwirt Johann Duten-Großenmeer.

Nun wird's immer schöner!

Strohpferdung eines nationalsozialistischen Volksamtes

Wiel er den „Heil Hitler“-Gruß erneuerte
Aus Aurich wird gemeldet, daß der Oberpostsekretär Meiner Jansen, Bezirksleiter der NSDAP, Aurich-Nord, Straßenfesten worden ist. Jansen hat, als er vor dem Volksamt stand, den Stierkopf eines norddeutschen Nationalsozialisten emporgehoben. Selbst das Grinsen auf der Straße ist heute noch „staatsgefährlich“. Selbst eine Mahnung, wenn man bedenkt, daß die NSDAP heute der stärkste politische Machtfaktor ist und kurz vor der Machtübernahme steht.

Ein Staatsparteieller soll den „tätigen“ Demagogen in diesem Falle gefehlt haben.

Deutschnationale Versammlung in Sehmstotel

Freitag, 13. Mai, 20.30 Uhr, große öffentliche Massenversammlung bei Gastwirt Zimmermann. Es spricht Friedrich Schmonjes-Dierholz über: „Finanz- und Wirtschaftsfragen im dritten Reich.“

Wildebeschau. In letzter Zeit wurde hier wiederholt in Woddenendhäusern eingebrochen. Auch in letzter Nacht wurde wieder ein Einbruch verübt, wobei die Einbrecher sämtliche Behälter erbrachen und alles Geschirr, Betten, Teppiche usw. entwendeten. Die Vermutung, daß es sich bei den Einbrechern um Kommunisten handelte, bestätigt sich nunmehr. Es wurden Hausgegenstände vorgenommen und mehrere landfremde Kommunisten verhaftet, die im Besitz der gestohlenen Gegenstände waren.

Intendant Göge geht nach Magdeburg

Oldenburg. Der Intendant des Oldenburgischen Landestheaters, der vor einiger Zeit auf Wiederwahl in Oldenburg verzichtet hat, um den ihm angebotenen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, ist von einer Mehrheit des Magistrats der Stadt Magdeburg zum Intendanten der Magdeburger Städtischen Bühnen gewählt worden. Intendant Göge stand seit 1927 an der Spitze des Oldenburgischen Landestheaters.

Sommerreise des Schulküfers „Deutschland“

Eskefeld. Das Schulküfer „Deutschland“ des Deutschen Schulküfervereins verließ seinen hiesigen Heimathafen, um nach kurzen Aufenthalt in Bremerhaven seine diesjährige Sommerreise anzutreten. Es wird dabei die bedeutendsten Ostseehäfen u. a. auch Helsingfors, anlaufen und im August zurückkehren. Das zweite Schulküfer „Großherzogin Elisabeth“ ist außer Dienst gestellt und wird augenblicklich in Finkenwärder zu Ausbildungszwecken benutzt.

Keine Rente aus dem deutschen Wald.

Wien. Anlässlich der Frühjahrssitzung des Landwirtschaftlichen Vereins Wien, die unter Vorsitz des Hofbestehers Wolke-Dagen stattfand, sprach Oberförster Wiede-Stein über „Die Forstwirtschaft im Jahre 1931/32“. Er hob hervor, daß infolge Einfuhr von ausländischem Holz eine Rente aus dem deutschen Waldbau nicht zu erzielen sei. Regierungsseitig müssen Maßnahmen ergriffen werden, damit auch der deutsche Waldbauer wieder auf seine Kosten kommt. Anschließend sprach Reichsforstinspektor Reichelt-Stein über „Das neue Reichsmittelgesetz“, wobei er Förderung des deutschen Holzverbrauches und Aufhebung der deutschen Erzeugnisse forderte. Des weiteren wurde beschlossen, die diesjährige Kreisforsttagung ausfallen zu lassen, da der Kreis keine Mittel zur Verfügung gestellt hat, und der Verein nicht in der Lage sei, diese Schan aus eigenen Mitteln zu veranstalten.

Schlagerei auf einem Dampfer

Hannburg, 9. Mai. Auf einem im Hiesigen Hafen liegenden Dampfer gerieten zwei chinesische Arbeiter in Streit, der zu Tätlichkeiten ausartete. Der eine Chinese erlitt erhebliche Kopfverletzungen und mußte in ein Krankenhaus geschafft werden.

Bremer Schweinemarkt, 9. Mai. Auftrieb 1985 Schweine, davon dem Markt direkt zugeführt 1679, lebend ausgeführt 70. Preise: a) —, b) 35–38 (51), c) 36–37 (512), d) 35–37 (708), e) 32–34 (240), f) 25–30 (64), g) 20–30 (14). Marktlauf ziemlich gut.

Berliner Großhandelspreise

Gemüse: Mohrrüben gewaschen 3,5–4, Kohlrab Treibhaus Schock 3–9, Radieschen Schock 2 bis 3,5, do. Dresdener 3,5–4, Meerrettich 50 kg 40–50, Sellerie 20–30, do. gewaschen Schock 20–30, Porree je nach Größe 1,50–4, Petersilie grün je nach Größe 100 Bd. 3–5, do. m. Wurzel 50 kg 6–10, Salat Treibhaus 100 Kopf 10–13, Spinat junger 50 kg 5–8, do. Blatt 4–8, Gurken Treibhaus 100 Stück 20–48, Spargel 1 50 kg gebündelt 75–90, do. lose 70–85, do. unsortiert 50–70, Spargel II gebündelt 45–70, do. lose 40 bis 60, do. unsortiert 50–70, Spargel III gebündelt 20–35, do. lose 20–30, unsortiert 50–70, Edel Champignons 50 kg 90–140, Morcheln 45–55, Rhabarber Treibhaus 100–15, do. Freiland 4–6, Obst Apfel amerik. Kiste 11–16, do. austral. 14–18, Birnen austral. 15–20.

Rundfunk

Dienstag, 10. Mai. 16 Hörbericht. 16.30 Nachmittagskonzert, 17.30 Vortrag. 17.55 Das bunte Programm. 18.30 Das heutige Hinterland. 18.55 Hamburger Frucht- und Gemüsemarkt. 19.00 Aktuelles Dienst. 19.15 Wetterbericht. 19.30 Unterhaltungskonzert. 20.30 Peter Vogt, der Millionener. 22. Nachrichtendienst. 22.20 Deutscher Tanzabend mit Fritz Grottel.

Mittwoch, 11. Mai. 5.45 Wetterdienst. 6. Morgengymnastik. 6.15 Wetterdienst. 6.20 Morgemusik. 7. Zeitungsbesprechung. 8.15 Zeitungsbesprechung. 10.10 Schulfunk. 10.50 Nachrichtenbericht. 11.30 Mittagskonzert. 12.15 Nachrichtenbesprechung. 13.10 Wetterbericht. 13.15 Kriminalmelodram. 13.30 Funkenberg. 14. Nachrichtenbericht. 14.10 Deutsche Volkslieder. 15. Vorfunk. 15.40 Schiffsverkehrsfunk.

Geschäftliches

Pfingsten ist bestimmt gutes Wetter! Wenn nicht draußen, dann sicher zu Hause, wo auf festlich gedecktem Tisch neben Kaiser's köstlich duftendem Kaffee der frische, hausgebackene Kuchen prangt, dessen Zutaten sämtlich aus Kaiser's Kaffeegeheiß stammen. Die parfümierte Hausfrau weiß, warum sie ihre Pfingstbesorgungen an den Vorboten des Festes bei Kaiser's gemacht hat: Entweder hat sie dort den 10prozentigen Ausnahmestabatt dieser Tage wahrgenommen, oder sie hat die entzückende Porzellantasse und den hübschen Desserteller erhalten, die Kaiser's seinen treuen Kundinnen als Festgeschenk und Pfingstgabe widmet!

Verantwortlich: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans-Joachim von Schott, für den Anzeigen-Teil: R. Ruten, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unverlangt eingekommene Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Notationsdruck: Meier-Druckerei Bremen.

Mein sensationeller Werbe-Feldzug


$$1 + \frac{1}{2} = 2$$

Das zweite Paar für die Hälfte.

„Ges. gesch. Warenzeichen. Nachahmung, auch teilweise, ist untersagt und wird verfolgt.“

ist jetzt bald zu Ende!

Eilen Sie, wenn Sie sparen wollen und wenn Sie Bedarf haben in hübschen Strickmoden

Pullover, Pullunder, Shortover, Slipover, in kunstseidener Unterwäsche, Strümpfen und Socken, schönen Bade-Anzügen u. Mänteln, Trainingsanzügen, Sport- und Reisedecken

Heute noch kostet jedes zweite Paar oder Stück nach freier Wahl nur den halben Preis

Zum Beispiel: Ein Paar Strümpfe oder irgend ein anderer Artikel kostet **1.95** so kostet das zweite Paar oder Stück **nur 0.98** also beide Paare zusammen, statt **3.90** nur **2.93**

Durch die Güte meiner Waren werde ich Ihnen beweisen, daß es Ihr Interesse ist, auch zu anderen Zeiten mein Kunde zu bleiben

● Bringen Sie Ihre Bekannten mit! ●
● Das zweite Stück steht in freier Wahl! ●

ausgenommen nur einige Marken-Artikel und einzelne Netto-Waren. Bei verschiedenen Preisen gilt das Teuere als das Erstgekaupte.

Faulenstr. 4-8

Filiale

Landwehrstr. 115

HAGEMANN

Unterzeuge • Strümpfe • Strickmoden • Handarbeiten

Gegründet im Jahre 1796 als Spezialgeschäft mit eigener Fabrikation (damals: „außer dem Osterthore“)

Rassenerkenntnis — ein Weg zur deutschen Einigung

Von H. Konopatz

Vor einigen Monaten zerbrach sich in der „Positiven Zeitung“ ein Oberregierungsrat Dr. Rablauer in einem Aufsatz „Deutsches Blut“ unnötigerweise wieder einmal den Kopf für die Nationalsozialisten. Er tat schwer befohlene Arbeit, denn er fürchtete, daß die bekannte Rassensystematik der deutschen Völkerei und der Einschlag ostischen und binnarischen Blutes, diejenigen Deutschen, die nicht vorwiegend nordisches Blut haben, in die Rassenkategorie, in das Untermenschenstadium, versetze.

Die Angst der Juden.

An sich ist klar, daß der Jude das Anzeichen der Rassenerkenntnis in Deutschland mit schwerster Beforgnis betrachten muß, denn jedesmal, wenn in Deutschland das Wort „Rasse“ fällt, rückt für ihn das Ende seiner Herrschaft näher, die vornehmlich auf der Verwirrung der Massenbegriffe ihren Gegenüber und darauf beruht, daß viele Deutsche ihn, weil er deutsch spricht, als „Deutschen“ ansehen.

Um die Rassenerkenntnis in Deutschland hinauszuschieben, haben sich die Juden die verschiedensten Schlagwörter erkundet. Das eine davon ist das vom „Reiz“ in das deutsche „Blut“.

Auch Rablauer in der „Positiven Zeitung“ reitet wieder auf diesem lahmenden Einwand herum, denn es klingt so „verantwortungsbewußt“ für das deutsche Volk, wenn man dafür eintritt, daß dieses nicht noch weiter „gespalten“ wird.

Der „Reiz“ im deutschen Volk.

Der Reiz mit dem „Reiz“ ist nicht ganz ungeschickt und gar nicht so bummel ausgelegt. Er ist aber nur bei Deutschen wirksam, die noch in den Gedankenengängen des vorigen Jahrhunderts denken. Man kann ja den Kopf in den Sand stecken und so tun, als ob die Wissenschaft in den letzten 20 Jahren geschlafen hätte, und als ob inzwischen nicht rassenkundliche Erkenntnisse ausgedrückt worden wären, die uns in die wichtigste Frage des deutschen Volkes tiefe Einsicht erlauben.

Selbst wenn die durchsichtige Behauptung mit dem „Reiz“ wahr wäre, glauben die jüdischen „Effektäre“ wirklich, daß das deutsche Volk dadurch, daß es den Kopf in den Sand steckt und etwas nicht sehen will, was ist, der Entschädigung entgültig ausweichen könnte? Die wissenschaftliche Wahrheit steht sich immer durch. So wird sich auch die rassenkundliche Wahrheit durchsetzen.

Der organische Staat auf rassenkundlicher Grundlage.

Wenn der Nationalsozialismus als erste politische Bewegung durch seinen Führer Adolf Hitler die ungeheure politische Bedeutung dieses Gedankens für unser Volk begriffen hat, so ist das ein Zeichen dafür, daß diese Bewegung auch geistig an der Spitze der politischen Parteien marschiert. Denn sie ist die einzige in Deutschland, die ihren neuen Staat, den organischen Staat auf rassenkundlicher Grundlage, aufbauen will. Es ist ja doch kein Zufall, daß der Minister

Dr. Frick den berühmten und gehashten Rassenforscher, Professor Dr. Hans Günther, als ordentlichen Professor nach Jena berufen hat, obwohl die ganze Meute der Juden und sogenannten „Deutschen“ sich mit oft geradezu erheiternder Hyfterie dagegen zu wehren suchte.

Glaubt nun der besorgte Dr. Rablauer in der „Positiven Zeitung“ wirklich, daß Hitler einen Gedanken für seine Bewegung wirksam werden lassen könnte, der geeignet wäre, einen Teil seiner Anhänger in die „Rassenkategorie“ zu versetzen, Gerade wir wissen am besten, daß der Nationalsozialismus alle Ständesunterschiede bis zu einem Grade beseitigt, wie es keine Volksbewegung und keine Einrichtung vor ihm je fertigbekommen hat. Bei uns steht wirklich der Prinz neben dem ungelernten Arbeiter, und beide werden nur nach ihrer Leistung bei uns gewertet.

Die Macht des gemeinsamen Blutes.

Was ist denn nun das Geheimnisvolle, das diesen Prinz und diesen Arbeiter eint und nebeneinander als gleichwertige Kämpfer für eine Idee in Front stehen läßt? Ich habe es oft erprobt, wenn ich mit einem verarmten Marxisten irgendwo in eine Auseinandersetzung kam und fragte, ob zwischen ihm und mir denn nun im Grunde ein so unüberwindlicher Gegensatz sei, daß wir nimmermehr zusammenkommen könnten. Im Grunde fühlten er und ich doch in den wichtigsten Fragen des Lebens daselbe, und das fände daher, daß wir im Grunde eben gleiches Blut seien. Ich habe keinen Fall in meinem schon ziemlich langen Leben erlebt, in dem ich nicht mit einem Volksgenossen auf dieser Grundlage einig geworden wäre.

Gegenüber der gemeinsamen Blutsgrundlage versagen erfahrungsgemäß die schismen und hegerischen Gründe, und der

Gang der Auseinandersetzung wird binnen kurzen der, wie man gemeinsam die Fehler der heutigen Zustände und auch die offensichtlichen Verfehlungen und Zirkelherum auf sozialem Gebiete durch gemeinsame Überlegung beseitigen könne.

Deutsch und nordisch — germanisch.

Was sich in diesen Gesprächen immer wieder klar ausgedrückt hat, war eben das gemeinsame und im Grunde unausrottbare Blutsgefühl. Denn selbst wenn man sich weiter auf Grund der heutigen Rassenkenntnis klarmacht, daß er eine mehr oder weniger nordisch-germanische Blut-einschlag hat, und daß der eine ostischen Bluteinschlag, der andere binnarischen Bluteinschlag haben mag (90—95 v. H. des deutschen Volkes sind ja nicht mehr reinerstämme Germanen), so ist doch eins unüberwindlich und allen unüberwindlich richtig: gemeinsam ist allen Deutschen ihr Anteil am nordischen Blut. Nicht jeder Deutsche hat ostischen Bluteinschlag, nicht jeder binnarischen oder mittelländischen. Was aber bestimmt jeder Deutsche hat, ist sein ganz erheblicher Anteil am nordischen Blut, das damit eine einigende und nicht eine trennende Kraft ist. Und deshalb ist es nicht wahr, daß diese Erkenntnis einen „Reiz“ in das deutsche Volk treibt, sondern das genaue Gegenteil ist richtig. Wer erst einmal erkannt hat, daß jeder Deutsche, der diesen Ehrennamen mit Recht trägt, und nicht ein bloßer „Staatsangehöriger“ ist, nordisches Blut in den Adern haben muß, weil wir ja hier in der Welt in einem der Mutterländer der nordischen Rasse sind, der weiß auch, daß diese Blutsamkeit eine Schicksalsgemeinschaft ist, die uns stärker als Sprache, Kultur und Geschichte eint. Das gemeinsame Rassengefühl ist die Grundkraft, die uns zusammenführt und die uns zum Siege über alle fremden hegeischen Einflüsse Anderer führen wird.

Kießling lobt den Baubolschewismus

Einen guten Witz leistete sich der preussische Oberintendant Dr. Ing. Martin Kießling, dieser zuerst oberste amtliche Beweiser der volkswirtschaftlich-jüdischen Bauweise behauptet in einem Aufsatz der Zeitschrift „Deutsches Bauwesen“, daß die neue Sachlichkeit in ihrem Gegensatz zu anderen Bauformen, im Grunde nichts anderes sei, als der Ausdruck des deutschen Reichtums an Stammeseigenheiten und an Abwandlungen bodenständiger Schöpferkraft. Er sieht weiter darin die „saftig grübelnde und nach neuen Ausdrucksweisen jugendliche germanische Gestaltungskraft“. „Zunehmend, meint er weiter, sei es gefährlich, derartige Kulturerscheinungen einerseits zu einer Frage der Rasse und des Blutes zu machen; denn es sei nicht der Mensch allein, der seinen Werken lebendigen Odem ein-

flaßt, es sind ebenso der Atem des Bodens, der Hauch der Atmosphäre und andere Bedingungen des Lebensraumes, die auch stammesfremde Elemente in ihren Bann ziehen und deren Schöpfungen zu nichts anderem machen, als zu Variationen einer volksgenesischen Melodie.“ Bitte gehen Sie an den Kurfürstendamm und sehen Sie sich diese jüdisch volksgenese Melodie an, die aus dem Atem des vorigen Bodens und dem „Hauch“ dieser „Atmosphäre“ geboren ist! Herr Kießling! Nachfolger Schinkels! Und das Ganze nennen Sie weiter ein schöpferisch beschwingtes Architekturerleben und stellen ausdrücklich dessen Verwandschaft mit der Baukunst der Sowjetstaaten fest, in denen diese Art Architektur „geradezu Ausdruck eines politischen Programms und Mittel zur politischen Propa-

ganda sei“. Das sagen wir ja auch immer und mühen es eigentlich unter den Bolschewismen fast verschwunden, daß der Kunstbolschewismus nur eine politische Masche ist! Jetzt wird dieser schwere Vorwurf, den man einer Kunst machen kann, sogar als amtliches Lob ausgesprochen. Ja, es ist wirklich gefährlich, diese jüdisch-rassen Bedingtheiten so nichtern auszusprechen. Zur Erneuerung Deutschlands müssen auch ungewollte Dienste beitragen. Und womit empfindet Herr Kießling dieses politische Programm weiter? Damit, daß er feststellt, was keiner mehr verschweigen kann: daß das deutsche Bauwesen reiflos zusammengebrochen ist!

Nachdem mit diesen Worten haben die jüdischen Baupolitiker seit zehn und mehr Jahren auch den Deutschen befehlen wollen, wie herrlich es in einem jüdischen Musterstaat zugehen würde! Ergebnis: reiflose Pleite! Und das Ganze nennt man dann auch wirklich noch Propaganda für die „volksgenese Melodie stammesfremder Elemente, aus saftig grübelnder Gestaltung und bodenständiger Schöpferkraft“ (!!). Die Zeit für diesen Abgang der neuen Sachlichkeit ist günstig gewählt, besonders, wenn man den Luftstich in die Erinnerung zurückruft, mit dem Herr Gropius in Weimar 1923 die Sache einleitete: „Die Kunst ein Logarithmus! Sie, ihres Namens lächelnd herab, lebt ein Leben nach dem Tode im Monument des Würfels und im Pyramidenbau.“ Wie dies war nicht Satire, sondern ernst gemeint!

Das Emelka-„Geschäft“

Wie das Reich unsere Steuergesetze

„verwendet“ hat

Wilmontop-AG.

Bei Besprechung der Ausgaben der Reichsmarine im Haushaltsjahr 1930 kamen auch Bau und Bauwirtschaft des Reichs, des „Barbaras“ zur Sprache. Es ergab sich, daß der Verbrauch von 1,3 Millionen getauft hat, die aus den Einnahmen bei weitem nicht gedeckt werden konnten.

Bei der Prüfung des Landwirtschaftsbaus für 1930 wurde festgestellt, daß die vom Reichsernährungsministerium gegebenen Richtlinien für die Forderungsbewirtschaftung nichts ändern, wenn nicht die mit der Verteilung der Mittel betrauten Behörden ihre Gesichtspunkte ändern. Wie der Berichterstatter weiter feststellt, war der Einblick in die Treuhandberichte der vom Reichsernährungsministerium finanzierten Gesellschaften fast stets unzureichend. Von der Deutschen Gartenbaugesellschaft AG. und der Berliner Wilmontop AG. bis zum Österreichischen Fleischwarenwerk AG. habe es sich ausschließlich um Gründungen gehandelt, die das Reich ohne jüdischen Nutzen Geld kosteten. Immer aber sei das Reichsernährungsministerium ausgenutzt worden. Beim Ausfall des Reichsfinanzministeriums für 1930 wurde nach Mitteilung des Berichterstatters mehrfach beobachtet, daß die Verteilung des Reichs und seine Verteilung durch Reichsbeamte im Auftrage des Reichs, die höchsten grünen Verluste auch nicht verhindern konnten. Es erwies sich daraus erneut die Notwendigkeit einer allgemeinen Aktienreform.

Nach dem obigen Inhalt des Ausschusses ist das Emelka-Geschäft dem Reich außerordentlich teuer zu stehen gekommen und es hat dabei auch das Haushaltsrecht mehrmals schweren Schaden erlitten.

Kulturpolitische Rundschau

Von Otto Tröbes

Moralische Ohrfeigen für einen „deutschen“ Literaten

Als im Berliner „Deutschen Theater“ Ferdinand Bruckner „Timon“ und zu gleicher Zeit in Paris sein Erstlingswerk „Krankheit der Jugend“ aufgeführt wurden, wurde Bruckner von einem französischen Zeitungsmanne gelegentlich „interviewt“ mit dem Ergebnis, daß der Franzose seinem Publikum folgende „Erfahrungen“ aus dem Munde eines „deutschen“ Zeigensinn vorlesen konnte:

„Das die „Krankheit der Jugend“ anbelangt, glaube ich nicht, daß es sich ausschließlich um ein Bild der derzeitigen deutschen Sitten handelt, wie man es in Paris größtenteils aufgeführt hat. Würde ich diesen Bild-... gefunden haben, wenn das Publikum meinem Stoffe völlig fremd gewesen wäre? Das glaube ich nicht. Die Kräfte der Jugend ist eine Aufgabe von überall und seit jeher.“ (am Kurfürstendamm)

Ich will zuerst gerne zugeben, daß bei den Deutschen der hysterische Gang ausgeprägter ist, woraus sich ergibt, daß gewisse „Sitten bei ihnen allgemeiner verbreitet und auffälliger sind als anderswo.“

Darauf erhält Herr Bruckner von einem französischen Medizinstudenten einen Brief in der Pariser „Comedie“ (3. 2. 32), den dieses Blatt selbst, lebend von einer französischen Empörung“ nennt. Der Student schreibt:

„Ich sprang auf, als ich ... den ...

Herrn Bruckner betreffenden Berliner Brief las ... Das sind zu unannehmable Wisseheiten, als daß ich sie anhören könnte, ohne sie in meinem Namen und in Namen unzähliger Jünglinge von mir zu stoßen, die sich mit vollem Recht durch derartige Anwürfe beleidigt fühlen können. Ich denke nicht daran, eine Unterhaltung anzuknüpfen; ich habe nur wenig Zeit und wünsche nicht, mich überflüssigerweise bei den großen Entbehrungen dieses Herzens aufzuhalten. ... Es gibt eine andere Jugend als die vorige, Herr Ferdinand Bruckner. Und ich kann Sie Ihnen zeigen, wenn Sie einmal in Paris sind; ich werde Ihnen eine Menge junger Männer zeigen, die ... durch die ganze Woche um Brotstreifen schreien müssen. Die Frauen ihrer freien Stunden sind Ihnen unbekannt: die leidenschaftlichen Auseinandersetzungen, die heftigen Lektüren ... Sie wissen ganz einfach nichts vom wirklichen Leben ... Das soll Jugend sein? Gehen Sie doch! Das sind ja Greise! Widerliche, veraltete und enträufelte Greise ... Alles fehlt ihnen, was die Jugend schön und wahr macht ... Der Aufschwung zu einer furchtlos befaßten und hoffnungsträchtigen Zukunft, Glut im Herzen, Glaube im Blick, unerlöschliche Begeisterung!“

Das mußte sich ein „deutscher“ Literat von einem französischen Studenten sagen lassen. Dieser „deutsche“ Literat ist nur das Mutter einer ganzen Anzahl anderer, beim Präsidenten der Sektion für Dichtkunst der Preussischen Akademie angefangen. Er hätte die

Belehrung und Weisung bei der heutigen wahren deutschen Jugend wohlfeiler haben können. Bei einer Jugend, die der literarischen Inachhaltung, der blutlosen Scheinmoralen satt ist, die nichts und nichts anderes und nichts größeres will als ihr Volk! Eine Jugend, die, zur Larve gelangt, im Begriff ist, mit unwiderstehlicher Gewalt zu Tat zu fahren, Faulholz hinwegräumend, alles Geduld verlassend! Deutsche Jugend der heißen Herzen ist im Anmarsch! Weg da ihr Epigonen, Krämer, Seelenverkäufer, Fetzwerke, Volksgreife! Die letzten Wahlen haben dem deutschen Volk das Tor geöffnet!

Baut einen „Linksdamme“?

Das Theater in Deutschland, denn von einem „deutschen“ Theater kann nicht gut die Rede sein, steht am Ende einer Periode. Materiell und künstlerisch. Auch alles, was das Theater betrifft, geht Hand in Hand nieder: die Kritik, die dramatische Produktion, die Publikumsorganisationen, die Bühnengemeinschaft, alles! Und der Prototyp der bisherigen Theaterkritik, Herr Herr, ruft aus: „Es ist 5 Minuten vor 12, baut einen Linksdamme!“ Da muß auch der primitivste Laie lachen. Nachdem das Theater durch jahrelanges Labieren der jüdischen Direktoren und verübten Intendanten an den Abgrund gebracht wurde, ruft ein Jude aus: „Baut einen Linksdamme!“ Das ist die Söhne! Diesen „Linksdamme“ haben ja die Bonzen schon längst gebaut! Weiter geht's! So viel mehr! Die Mehrzahl unserer deutschen Schauspieler weiß das selber. Jeder von ihnen hat am eigenen Leibe erfahren, daß seine menschliche und künst-

lerische Gestaltung am Theater einen Paupervertil wert ist. Tausende von hochbegabten, geistreichen, deutschen Schauspielern liegen brach und verkommen, weil sie sich diesem jüdischen, anarchischen, hallosten System nicht anpassen können. An keinem Theater in Deutschland mag ein Leiter einen selbständigen Spielplan mit einem eigenen erzählenden Ensemble. Trotzdem sich das Theater seit Jahren — trotz Organisationen („Volkssühne“, „Bühnenvolksbund“ usw.) — dem deutschen Volk völlig entfremdet hat, wagt es keiner, gegen das System, anzukämpfen. Und der Mann, der mit am meisten die Verantwortung auf diesem klaren Niedergang trägt, der dieses System oben drein mit sämtlichen jüdischen Wädhern durchschört hat, ruft an seinem Grabe aus: Baut einen Damm, damit dieses System weiterhin bestehen kann!

Aber es ist falsch, es ist feig und klammheimlich, zu glauben, daß mit dieser durch und durch verpöhlenden jüdischen Schablone auch die Zukunft des deutschen Theaters zerstört ist. Dieses System hat sich selbst zerstört, aber wir sind Gott sei Dank nicht das System, das uns jahrelang geschmeichelt hat! Kann es einen deutschen Schauspieler geben, der noch mit einem Funken an selbstem Verstand hängt und der nicht hofft, daß bald, sehr bald, diese jüdischen Zustände am Theater aufhören? Die Kräfte sind da und auch der Wille ist da! Und vor uns steht neuer Weg, vor unserer einzigen großen Möglichkeit, ein neues gesinnungstreu deutsches Theater zu schaffen, will ein Wort führen des jüdischen Niederganges einen Damm errichten? Mag er ihn bauen! Wir werden ihn und seinen „Damm“ wegreissen!



Volk und Wirtschaft



Gesündere Wirtschaftspolitik

Die Zertrümmerung der marxistischen Wirtschaftstheorie — Pflichten einer neuen Unternehmerrgeneration

Von Dr. Kurt Brenden.

In einem vom Reichswirtschaftsministerium angeforderten Gutachten hat sich der Reichswirtschaftsrat kürzlich gegen die Einführung einer Konzeptionspflicht für Warenhäuser ausgesprochen und damit einen bemerkenswerten Mangel an Verständnis für die Gegenwartsbedürfnisse des deutschen Einzelhandels wie überhaupt des kleinen und mittleren Unternehmertums in Deutschland erkennen lassen. Mit anderen Worten: der Reichswirtschaftsrat hat es trotz aller trübten Erfahrungen der letzten Jahre nicht für nötig befunden, sich in einer wichtigen Frage des deutschen Wirtschaftslebens von jenem verhängnisvollen wirtschaftspolitischen Kurs zu entfernen, der bei uns — im großen und ganzen betrachtet — seit den Revolutionsjahren betrieben worden ist.

Diese jahrelang in Deutschland betriebene Wirtschaftspolitik ist mittelbar und unmittelbar gerade von marxistischen Einflüssen bestimmt worden. Vor mehreren Jahren schrieb der „Sonntags-Zeitung“, als man im marxistischen Lager endlich einsehen gelernt hatte, daß eine Verwirklichung des Prinzipienkurses nur durch Umwegen zu erreichen sei: „Der Schlußpunkt der Sozialisierungsfrage liegt nicht in der Sozialisierung der Produktionsmittel (dies war die hergebrachte marxistische Forderung), sondern in der Verwirklichung, in der Entprivatisierung des Ertrages.“ Und so geschah es auch: Die Zertrümmerung der Ertragsfähigkeit zahlreicher privater Wirtschaftsunternehmungen führte zwangsläufig zu einem ungeheuren Werteverfall innerhalb der Gesamtwirtschaft. Es erlitten die Zusammenbrüche zahlreicher geeigneter Unternehmen, und Millionen von Arbeitslosen hatten die Zeche dieser wirtschaftspolitischen Unvernunft mitzubahlen. Nur die — teilweise auf ungesunden Spekulationen aufgebauten — Großbanken, Warenhauskongerne und Konsumvereine zogen aus dieser Phase unserer wirtschaftlichen Entwicklung offensichtlich Vorteile. Der Kampf gegen das kleine und mittlere Unternehmertum endete zunächst mit der Schaffung eines gewaltigen Krummengerades. Aber obwohl in diesem Sinne die ganze Unanglichkeit der marxistischen Wirtschaftstheorien klar zutage trat, wurden sie von Staatswegen auf zahlreichen Gebieten beibehalten. Und wieder entstand ein Zirkel, der sich nach dem anderen. Die Verwirrung des Kreditmarktes, der Mangel an Kredit, die Verunsicherung der Staat zu weiteren Eingriffen in das Privatvermögen veranlaßte, das Anwachsen der Wohlfahrtsausgaben, das alles führte zu jener furchtbaren Vertrauenskrise, unter der heute noch Staat und Wirtschaft leiden. Daß dem so ist, mag der einzelne Staatsbürger beklagen, der Staat selbst kann es nicht, denn er ist nicht unschuldig an dieser verhängnisvollen Entwicklung!

So hat man die deutsche Wirtschaft ausgequetscht. In der „sozialistischen“ Gesellschaft marxistischer Prägung sollten doch alle Arbeitsfähigen zur Arbeit herangezogen werden, sollte die Arbeit allgemein organisiert werden, die höchste Harmonie der Interessen herrschen,

die Konsumtionsfähigkeit sich steigern, der Gegensatz zwischen Hand- und Kopiarbeiter verschwinden und gleiche Arbeitspflicht für alle bestehen. Was haben denn die marxistischen Parteien in Deutschland, die im Laufe des letzten Jahrzehnts das Wirtschaftsleben bei uns mitbestimmend beeinflusst haben, von diesen Wirtschaftstheorien in Wirklichkeit durchzuführen vermocht? Eine solche Frage stellen bedeutet die Unzulänglichkeit dieser Parteien in der Frage einer positiven deutschen Wirtschaftspolitik feststellen. Sie haben deshalb vom Schicksal der deutschen Wirtschaft als der Schicksal der deutschen Wirtschaft aus dem Blickfeld abgesehen und anderen Kräften Platz zu machen, denen die wirtschaftlichen Interessen unseres Volkes näher am Herzen liegen.

Eine solche neue Kraft, die mit dem ganzen Ungeist einer unvernünftigen Jugend zur Entfaltung drängt, ist allein der Nationalsozialismus.

Der Nationalsozialismus vertritt heute je-

denfalls ganz allgemein die wirtschaftspolitische Ansicht, daß nur zielbewußte revolutionäre Reformarbeit allein die heutigen unhaltbaren wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Deutschland beseitigen kann. An Wundermärchen glaubt er, wie ihm so oft von seinen Gegnern vorgeworfen wird, nicht. Daß er allerdings jene privatkapitalistische Ordnung, die lediglich im Profit des Einzelnen auf Kosten der Allgemeinheit ihr eigentliches Ziel erblickt, grundsätzlich ablehnt, dürfte inzwischen allgemein bekannt worden sein. Es ist ihm im im besonderen darum zu tun, aus den deutschen Klein- und Mittelbetrieben heraus allmählich einen neuen Unternehmertyp zu schaffen, der seine beruflichen Aufgaben im Leben und berufen ist, Pfeiler einer kommenden Gemeinschaft des ganzen deutschen Volkes und werten Dienst der Nation zu leisten vermag damit Bürgen einer besseren Zukunft der deutschen Wirtschaft zu werden.

Skandal um Ilse

Schmaroher am Volksvermögen

Die stürmische Generalversammlung der Ilse-Bergbau-A.-G. hat wieder einmal blutig die unglaublichen Mißstände beleuchtet, die als Folgeerscheinung unseres unmöglichen Aktienrechts in der deutschen Wirtschaft sich entwickelt haben. Da die Ilse zu den wenigen noch einwandfrei funktionierenden Unternehmungen der deutschen Wirtschaft gehört, kann es der Allgemeinheit durchaus nicht gleichgültig sein, wie und von wem im Vorstand und Aufsichtsrat diktatorisch und unter Ausschluß der Öffentlichkeit regiert wird.

Die Frage, ob die ausgeschüttete Dividende von 7 Prozent den Ilsegewinnen wirklich entspricht, interessiert uns nicht, wichtig ist es dagegen, die Hintergründe des Mißstandes zu klären — Peischel — Comptoirbank einmal abgesehen.

Das Reich behält durch die Ilse rund 19 Prozent von 40 Millionen Stammaktien und rund 18 Prozent von 10 Millionen Vorzugsaktien. Trotz dieser erheblichen Beiträge und trotz wiederholter Einsprüche ist es der Ilse nicht gelungen, in den Aufsichtsrat hineinzukommen, den der Reichspräsident der „Macht“ (lies Peischel) energisch und erfolgreich unter Zuhilfenahme der besten Methoden gegen die von der Ilse geordneten beiden wohl unangenehmen Aufsichtsratsmitglieder zu verteidigen sucht.

Eines dieser anrüchigen Kampfmittel sind 12 Millionen dividendenlose Stammaktien, die von der Selbstversicherungs-Gesellschaft der Ilse, der Infinita A.-G., in der G.R. vertrieben wurden, obwohl auf diese 12 Millionen Aktienkapital nur ganze 3000 M. eingezahlt worden sind. Für 3000 M. hat sich jener „Reichspräsident der Macht“ (lies Peischel) 6000 Stimmen und damit eigentlich erst die

„Macht“ gekostet, während jeder gewöhnliche Aktionär, worunter sich auch das bescheidene Reich rechnet, für die gleiche Stimmenzahl 12 Millionen Mark hätte aufwenden müssen! Kein Wunder also, daß alle Angriffe der Ilse gegen das Reich die Unterstützung der Kommerz- und Privatbank ebenso wie der Debitbank erhalten hat, ist ein Schulbeispiel für die Berechtigung unserer Kritik gelegentlich der Bankenreform vom 22. Februar. Es ist ein Skandal, daß die unter schwersten Opfern damals vom Reich finanzierten Institute kaum zweieinhalb Monate später im Interesse des allgemeinen Volkes die Ilse zum Ziel hatten gegen das Reich die deutsche Öffentlichkeit in der Auffassung der Vorgänge hinter den Kulissen der Ilse-Bergbau-A.-G. führen durften und führen konnten.

Welcher Art diese Vorgänge sind, läßt sich leider nur ungefähr andeuten, da man es allmählich verstanden hat, im Vorstand und Aufsichtsrat der „Ilse“ so ganz unter sich zu bleiben. Reicht nicht, daß es Herrn Peischel gelungen ist, zwischen Ilse und Kommerzbank seine August-Schmitts-A.-G. einzuschleusen, aus der er zum Nachteil der beiden anderen Beteiligten Dividenden von 50—80 Prozent (!) herausgewirtschaftet hat. Die mehr als mangelhafte Ausfallbeteiligung auf der G.R. und die durchgehenden Vorbehalte gegen die vom Reich geordneten zwei Ilse-Aufsichtsratsmitglieder aber lassen vermuten, daß noch ganz andere Dinge im Hintergrund schlummern mögen.

Der Ilsestand zeigt ganz deutlich, wie unter dem Schutze eines unmöglichen, jedem Begriff eines wahren Rechts zuwiderlaufenden „juristischen Zustandes“ das finanzkapitalistische Spekulantentum sich mit geringstem Aufwand unter Vernichtung des alten zivilen Gedankens zwischen Produktion und Konsum einzuschleusen wußte, um beide zum Schaden der Volkswirtschaft seinen durch keinerlei Leistung auch nur andeutungsweise gerechtfertigten Profitinteressen dienstbar zu machen.

Der kommende Prozeß Ilse-Bergbau wird hoffentlich den Dingen ein anderes Gesicht geben. Die endgültige Klärung auch dieser Frage wird aber sicherlich noch dem Augenblick vorbehalten bleiben, in dem eine Neuorganisation der Reichsordnung durch den Nationalsozialismus dafür sorgt, daß jene Vertreter und Spekulanten aus den Machtpositionen verschwinden, die sie durch ihre Routine, die „System“-Geheißgebung bei uns anzunehmen, jedoch niemals durch Arbeit und wirkliche Leistung zu erobern verstanden haben.

Die Prämienanleihe für die Arbeitsbeschaffung

Berlin, 9. Mai. In der Sitzung des Reichsrats, die wir oben gemeldet, zur Genehmigung der neuen Kreditermäßigungsanleihe, hob der Reichspräsident der Aufsichtsrats-Ministerialdirektor Dr. Bräse, hervor, daß die Reichsregierung beabsichtigt, eine Prämienanleihe anzulegen. Die Aufsichtsrats-Ministerialdirektor Dr. Bräse, hervor, daß die Reichsregierung beabsichtigt, eine Prämienanleihe anzulegen. Die Aufsichtsrats-Ministerialdirektor Dr. Bräse, hervor, daß die Reichsregierung beabsichtigt, eine Prämienanleihe anzulegen. Die Aufsichtsrats-Ministerialdirektor Dr. Bräse, hervor, daß die Reichsregierung beabsichtigt, eine Prämienanleihe anzulegen.

Schaffung eng mit der großen Gesamtreform zu verbinden, die alle Fragen der Arbeitslosenfürsorge umfasse. Insbesondere sei von Preußen auf die unbedingte Notwendigkeit hingewiesen worden, die Arbeitsbeschaffung mit einer energiegelassenen Arbeitszeitföhrung zu verbinden. Ursprünglich sollte der Reichsfinanzminister ermächtigt werden, die nötigen Mittel „im Wege des Kredits“ zu beschaffen. Das würde auch die Aufnahme kurzfristiger Kredite zugelassen haben, obwohl die Reichsregierung selbst nur an eine langfristige Anleihe gedacht hatte. Die Aufsichtsrats-Ministerialdirektor Dr. Bräse, hervor, daß die Reichsregierung beabsichtigt, eine Prämienanleihe anzulegen. Die Aufsichtsrats-Ministerialdirektor Dr. Bräse, hervor, daß die Reichsregierung beabsichtigt, eine Prämienanleihe anzulegen.

Bremen senkt die Hafengebühren

Bremen, 9. Mai. Nachdem Bremen bereits im Februar d. Js. zur Hebung des Getreideverkehrs eine nicht unbedeutende Senkung der Hafengebühren hatte eintreten lassen, wird jetzt mit Gültigkeit vom 9. Mai eine Senkung der Hafengebühren vorgenommen, deren wirtschaftliches Endergebnis 10 v. H. beträgt. An der Senkung der Gebühren sind sowohl die Waren als auch die Schiffe beteiligt. Ferner wird eine Reihe von Nebengebühren ermäßigt, bei einzelnen Gruppen beläuft sich die Ermäßigung auf 5 v. H.

Stillelegungen in Ostpreußen u. im Harz

Berlin, 9. Mai. Wie wir von unterirdischer Seite erfahren, hat der Aufsichtsrat der Preussischen Bergwerks- und Hütten AG. seine Zustimmung zur Stilllegung der Bernsteinwerke in Volkmünde gegeben. Ferner hat sich der Aufsichtsrat der Preussag mit der Lage Metallergewerke und Hütten im Harz befaßt. Der Aufsichtsrat stimmte der Stilllegung der Erzebergwerke, Bergwerk Woblfahrt und Rammelsberg zu. Bei den Unterhager Hütten sollen vorerst noch die vorhandenen Bestände aufgearbeitet werden. Die Stilllegung der erzebergwerke werden sich daher dort erst nach einer gewissen Uebergangszeit voll auswirken.

So baut das System auf!

Dessau, 9. Mai. Die Stilllegung der Jura-Feld-Flugzeugwerke ist am Freitagabend erfolgt. Es wurden etwa 850 Arbeiter und 400 Angestellte davon betroffen. Man rechnet damit, daß bei der in 14 Tagen erfolgenden Wiederinbetriebnahme nur ein Teil der bisherigen Belegschaft wieder aufgenommen wird. Freitagabend sind den Angestellten und Arbeitern 150.000 Mark Gehälter und Löhne aus Reichsmitteln gezahlt worden. Die übrigen Werte des Konzerns werden von der Stilllegung nicht berührt.

Der Butterzoll als Liebesgabe

Die agrarpolitische Pressefelle der NSDAP teilt mit:

Nach Zeitungsberichten soll der Reichsfinanzminister Dr. Brüning bei seinem letzten Aufenthalt in Genf mit dem dänischen Außenminister über den Butterzoll verhandelt haben, wobei eine Herabsetzung des deutschen Butterzolles von 100 auf 75 M. zur Sprache kam. Ferner soll auch der Reichsverband der Industrie mit dänischen und holländischen Stellen über eine ähnliche Herabsetzung des Butterzolles Verhandlungen gepflogen haben. Es scheinen also hiernach von zwei verschiedenen Stellen gleichzeitig Angriffe auf den Butterzoll erfolgt zu sein. Ferner soll, wie verlautet, beabsichtigt sein, Dänemark und Holland anstatt des jetzt geltenden absoluten Finanzlandesmittels von 50.000 Doppelzentner Butter ein „proportionales“ Kontingent von Butter zur Einfuhr nach Deutschland auszuhandeln.

Der Reichsverband hat in einem Schreiben an den Reichsfinanzminister vom 23. April in äußerst scharfer Form gegen dieses Vorhaben der Reichsregierung protestiert. Er beklagt es sehr, daß vor allem darüber, daß man es bisher noch nie für nötig gehalten hat, Vertreter der Landwirtschaft zu solchen wichtigen wirtschaftlichen Fragen heranzuziehen. Der Reichsverband tritt dem Reichsfinanzminister dringend um Mitteilung, was in der Frage des Butterzolles tatsächlich beabsichtigt ist, und lehnt jede Verantwortung für die Folgen eines Abnehmens ab, das sich schon völlig unzureichendes Schutzes der deutschen Landwirtschaft aus.

Der Kreuger-Schwindel

Kassenrevisionen unerwünscht — Die Tochterunternehmen in Liechtenstein und Amerika

Stockholm, 9. Mai. Die neuen Untersuchungen in der Kreuger-Angelegenheit erbringen immer weitere unangenehme Einzelheiten, die bereits mehrere hundert Seiten des Polizeiberichts füllten. Der riesige Umfang der Schwindelkreuger findet zum Teil seine Erklärung darin, daß die einzelnen Beamten miteinander über die Angelegenheiten des Konzerns nicht sprechen durften. Einem Beamten, der eine Kassenrevision vornehmen wollte, wurde erklärt, die Konzernleitung wüßte derartige Untersuchungen nicht. Die Arbeit würde dadurch gestört, und die Aktienurse sinken. Aus dem Verhör des früheren Kreugerischen Privatsekretärs Hoffmann, einem Schweizer Amerikaner, geht u. a. hervor, daß zwar Kreuger 1923 mit der Regierung und dem Reichstag von Liechtenstein verhandelte und einen großen diplomatischen Sieg errang. Kreuger konnte nämlich daraufhin in Liechtenstein ein großes Tochterunternehmen errichten, das, ebenso wie die übrigen, mit Zufuwerten arbeitete.

Als ein amerikanischer Revolver sich einmal mit den Kreugerischen Versicherungen nicht beugte und die angegebenen Werte wirklich seien wollte, wurden ihm die falschen italienischen Obligationen gezeigt. Wie weiter aus einem New Yorker Tele-

gramm hervorgeht, befaß das ganze amerikanische Tochterunternehmen International Match wieder Aktien noch Monopole, und der Direktor des Unternehmens hat die Verkäufe des Unternehmens niemals gesehen. (!)

Die Pumperei geht weiter

Kreditermäßigungsgeheß vom Reichsrat angenommen

Berlin, 9. Mai. Der Reichsrat hat in seiner am Samstag nachmittag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dietrich abgehaltenen Vollsitzung das neue Kreditermäßigungsgeheß in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen. Durch dieses Geheß wird das Reich ermächtigt, eine Anleihe anzulegen, deren Höchstbetrag nicht genannt wird, und die den Zweck haben soll, Mittel für Emissionen und Meliorationen, für die Beschäftigung Jugendlicher und für sonstige Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereitzustellen. Die Reichsregierung soll die Höhe des durch Ausföhrung von Schuldverschreibungen jeweils zu beschaffenden Betrages festlegen. Die Länder Württemberg, Brandenburg, Anhalt und Mecklenburg-Strelitz werden später noch Erklärungen ihrer Regierungen in diesem Geheß zu Protokoll geben.